

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 31.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint  
jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch  
die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark.  
Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 2. August 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf,  
Koballee 22. Expedition u. Druck von  
Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358.  
Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Zum Abschiede unseres Kollegen Johann Sistenich.



Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Kollege Johann Sistenich, ist infolge vorgerückten Alters und Invalidität von seinem Posten zurückgetreten. Bereits seit Jahresfrist häuften sich bei ihm empfindliche Krankheitsperioden, und als eine längere Kur im Landesbad zu Aachen-Burtscheid nicht den gewünschten Erfolg aufwies, erklärte Kollege Sistenich sich außerstande, sein Amt noch länger zu versehen. Auch von ärztlicher Seite wurde vollständige Invalidität konstatiert. Unter diesen Umständen blieb der Verbandsleitung (Vorstand und Ausschuß) zu ihrem Bedauern nichts anderes übrig, als dem hochverdienten Führer einen ehrenvollen Abschied zu bewilligen. — Mit Kollegen Joh. Sistenich scheidet einer der ältesten Pioniere der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus dem Amte. Lange bevor an Gründung christlicher Arbeiter-Fachverbände in Deutschland gedacht wurde, war Kollege Sistenich in der älteren (christlich-sozialen) Arbeiterbewegung in Aachen eine bekannte Erscheinung. Als eifriges Mitglied des 1887 gegründeten katholischen Arbeitervereins und der Arbeiterabteilung des katholischen Arbeitervereins trat er namentlich in Verbindung mit dem allzu früh dahingegangenen Freunde Josef Keppels als unermüdlicher Förderer der christlichen Arbeiterfrage hervor.

Kollege Joh. Sistenich war Hauptbegründer und Mitbegründer der ersten christlichen Textilarbeiterorganisation Deutschlands, des „christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes für Aachen, Burtscheid und Umgegend“, die am 27. Dezember 1896 ins Leben trat. Das Vertrauen der Mitglieder setzte ihn sofort an die Spitze der neuen gewerkschaftlichen Organisation, die es unter der ausgezeichneten Leitung des Kollegen Sistenich bald auf 3000 Mitglieder brachte. Ueber vier Jahre lang hat unser Veteran diesen jungen Verband zum Segen der Aachener Kollegen geführt — ohne einen Pfennig persönliche Entschädigung zu beanspruchen. Er mußte seinem Beruf als Weber nachgehen; die Abende und oft ein Teil der Nächte widmete er dem Verbands.

Was Kollege Sistenich speziell in dieser Zeit — im Verein mit zahlreichen anderen Verbandskollegen — auf dem Gebiete der persönlichen und materiellen Opferfreudigkeit für die gute Sache geleistet hat, das läßt sich nur ahnen, aber nicht feststellen.

Erst Ende 1900 erfolgte seine Freistellung. Ende 1898, als der Lokalverband sein erstes Stiftungsfest feierte, verband er damit eine „soziale Konferenz“ für die übrigen inzwischen gegründeten christlichen Gewerkschaftsorganisationen Westdeutschlands. Diese Konferenz kann als die Vorläuferin der späteren Kongresse bezeichnet werden, denn sie beschloß, „tunlichst bald einen Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände abzuhalten“. Dieser Beschluß wurde zu Pfingsten des folgenden Jahres durch die Veranstaltung des ersten christlichen Gewerkschaftskongresses zu Mainz verwirklicht.

Die Aachener Textilarbeiterschaft verdankt dem Verbands und seinem Vorsitzenden Sistenich bedeutende Erfolge auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Rund zehn Jahre lang wurde den Verjungen eines großen Teiles der Fabrikanten, das Doppelwehstuhl-System in die eigenartige Aachener Tuchindustrie einzuführen, erfolgreicher Widerstand entgegen gesetzt. Als dann im Jahre 1906 der grundsätzliche Standpunkt des Verbandes eine Aenderung erfahren mußte, geschah dies unter Vereinbarung von akzeptablen Bedingungen, an deren Zustandekommen und möglichst günstige Formulierung der Kollege Sistenich einen hervorragenden Anteil hatte.

Unter seiner Führung erzielte die Arbeiterschaft ferner (bereits 1900) die Einführung des Zehn-stundentages (wöchentlich 57 1/4 Stunden) und die glatte Anerkennung der Arbeiterausschüsse durch die Arbeitgeber. Zahlreiche und zum Teil bedeutende Lohnerhöhungen, die in manchen Fällen der geschickten Vermittlungstätigkeit des auch in Arbeitgeberkreisen geachteten Führers Sistenich zu verdanken waren, mögen ebenfalls nicht unerwähnt bleiben.

Als am 1. April 1901 die Verschmelzung der Lokal- und Distriktsverbände zur Zentralorganisation erfolgte, blieb Joh. Sistenich an der Spitze des nunmehr durch die Revier-Experten und später durch vergrößerten Verbandsbezirks. Gleichzeitig erfolgte seine Wahl zum zweiten Verbandsvorsitzenden. 1908 wurde er an die Zentralstelle der Organisation nach Düsseldorf berufen. Länger als 12 Jahre gehörte Kollege Sistenich demnach der Zentralleitung des Verbandes an, und seine Verdienste in dieser Stellung können unmöglich im einzelnen gewürdigt werden. Der Rat und das Wort des sehr erfahrenen Freundes sind in vielen Beratungen von entscheidender Bedeutung gewesen. Sein Fortgang schafft eine Lücke, die so leicht nicht wieder geschlossen werden kann.

Johann Sistenich hat sich stets als goldiger Charakter, als vollendeter Ehrenmann erwiesen — er ist in der Tat „in Ehren grau“ geworden. Die gegnerischen Verleumdungen, die ihn auch persönlich nicht verschonten, prallten naturgemäß an seiner allgemein bekannten vornehmen Natur ab. Kollege Sistenich war allen, die mit ihm näheren Umgang pflogen, besonders jedoch den übrigen Gewerkschaftskameraden, ein warmer, aufrichtiger Freund, ein treuer, wohlmeinender Berater und — nicht ganz selten — ein opferbereiter Helfer.

Der ganze Verband — und weit darüber hinaus gar mancher — wünscht in Berehrung und Dankbarkeit dem scheidenden Verbandsführer ein herzliches Lebenswohl, einen langen glücklichen Lebensabend und des Himmels Sonnenschein — ad multos annos!

## Zur Aussperrung in der Bocholter und Rheder Textilindustrie.

Die von uns erstrebte und erhoffte Verständigung kam, allen Bemühungen dritter, unbeteiligter Personen zum Trotz nicht zustande. Sie scheiterte an dem ablehnenden Standpunkt der Fabrikantenvereinigung. Die Leitung unseres Verbandes aber steht geschlossen hinter der Arbeiterschaft. Beide sind sich einig in dem Gedanken: Lieber eine ehrenvolle Niederlage als ein schmachvoller Friede. Für heute möchten wir uns damit begnügen, einen

Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Bewegung zu werfen. Die Bocholter Textilarbeiterschaft verlangte zunächst eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Dazu kamen einige Nebenforderungen: allgemeiner zehnstündiger Arbeitstag, einheitliche Entlohnungs- und Berechnungsmethode, wöchentliche Lohnzahlung, Vergütung für Warten auf Material, Lohnzuschlag für Ueberstunden. Troßdem die Lohnforderung angesichts der verteuerten Lebenshaltung und der wachsenden Bedürfnisse des Arbeiterstandes durchaus berechtigt war, erklärte sich die Arbeiterschaft sofort bereit, entgegenzukommen. Sie ermäßigte denn auch im Laufe der Verhandlungen ihre Forderungen ganz wesentlich. Die Arbeitgeber waren ihrerseits wohl bereit, bezüglich der Nebenforderungen entgegenzukommen, in der Lohnfrage aber wollten sie lediglich die Verhältnisse der Betriebe, die eine Verdienstmöglichkeit von 20 M. pro Woche nicht gewährleisten, zum Gegenstand einer Prüfung machen. Das konnte die Arbeiterschaft nicht befriedigen. Arbeiter und Arbeitgeber einigten sich dann dahingehend, unter Wahrung freier Hand und ohne Preisgabe der für die Allgemeinheit aufgestellten Forderungen betriebsweise vorzugehen. Auf Grund gegenseitiger Uebereinkunft reichten die Arbeiter zunächst bei der Firma Cosmann Cohen ihre Wünsche ein. Die Firma machte nur ganz geringe Zugeständnisse. Sie lehnte vor allem eine generelle Lohnerhöhung ab. Die Fabrikantenvereinigung ihrerseits bezeichnete nach erfolgter Prüfung den Durchschnittswochenlohn der Firma Cosmann Cohen als „den Zeitverhältnissen entsprechend“. Nun blieb der gut organisierten Belegschaft dieses Betriebes nichts anderes mehr übrig, als zu kündigen. Diese Kündigung wurde von der Fabrikantenvereinigung sofort mit der

### Kündigung der Gesamtarbeiterschaft

beantwortet. Kurz vor dem Inkrafttreten der Aussperrung kamen durch die dankenswerten Bemühungen des Herrn Regierungs- und Gewerke-Rats Pirsch aus Münster nochmals Verhandlungen zustande. Leider fanden diese nur getrennt statt; Arbeiter und Arbeitgeber kamen nicht zusammen. Die Fabrikantenvereinigung erklärte sich bereit, die Nebenforderungen zu bewilligen und die Löhne ab 15. August zu regulieren. Der Vorschlag bezüglich der Lohnfrage besagte wenig. Eine Lohnregulierung kann auch Lohnreduktionen enthalten. Die Arbeiterschaft lehnte den Vorschlag ab. Ein zweiter Vorschlag des Herrn Regierungsrats Pirsch, das Wort „Lohnregulierung“ durch die Worte „angemessene Lohnerhöhung“ zu ersetzen, wurde von der Arbeiterschaft ebenfalls abgelehnt, weil er zu allgemein gehalten war und keine bestimmte Verpflichtung enthielt. Uebrigens wäre dessen Annahme auch zwecklos gewesen, weil die Fabrikantenvereinigung diese Formulierung als zu weitgehend zurückwies. Die ablehnende Haltung der Arbeiterschaft auch dem zweiten Vorschlag gegenüber war angesichts der bisherigen unbestimmten und unklaren Haltung der Fabrikantenvereinigung in der Lohnfrage durchaus verständlich. Diese Haltung trug nicht dazu bei, Vertrauen zu erwecken, sie schuf im Gegenteil berechtigtes Mißtrauen.

### Der Kampf brach aus.

Trotzdem wurden die Versuche, den Frieden wieder herzustellen, fortgesetzt. Unsere Verbandsleitung und die Arbeiterschaft waren nach wie vor geneigt, bis an die



Grenze des Möglichen entgegenzukommen. Sie dachten dabei an die Leistungsfähigkeit der Industrie und an die so sehr gefährdeten Interessen der Bürgerschaft. Arbeiter und Organisationsleitung würdigten denn auch mit Dank und Anerkennung die Bestrebungen des Herrn Bürgermeisters und des Ausschusses für Gewerbebeförderung, eine Einigung und damit den Frieden zu erzielen. Wenn es nicht gelang, dieses Ziel zu erreichen, liegt die Schuld nicht auf Seiten der Arbeitererschaft. Diese kann im Gegenteil mit gutem Gewissen die Verantwortung für die kommenden Dinge ablehnen. Das beweist der Verlauf der letzten Verhandlungen.

#### Wie war die Sache?

Am Montag, den 14. ds. Mts., fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters eine stundenlange Besprechung mit Herrn Gewerbeberater Müller, einigen hervorragenden Mitgliedern des Ausschusses für Gewerbebeförderung und den Gewerkschaftsleitern Schiffer und Otte statt. Der Herr Bürgermeister, der Herr Gewerbeberater und die Mitglieder des Gewerbeausschusses hatten außerdem am gleichen Tage eine längere Unterredung mit einem Vorstandsmitgliede der Fabrikantenvereinigung. Auf Grund dieser Verhandlungen sandte der Herr Bürgermeister an beide Parteien eine Eingabe mit Einigungsvorschlägen, die im wesentlichen die früheren Zugeständnisse der Fabrikantenvereinigung in bezug auf die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und einer einheitlichen Lohnberechnungsmethode, die Vergütung für Ueberstundenarbeit und bei Warten auf Material sowie den jüngsten Beschluß der Fabrikantenvereinigung in der Lohnfrage enthielt. Beide Parteien wurden gebeten, baldmöglichst ihre Zustimmung erklären zu wollen.

Diese Vorschläge basierten also — um es noch einmal zu betonen — lediglich auf dem Standpunkt, den die Fabrikantenvereinigung bisher eingenommen hatte. Die an der Besprechung beteiligt gewesen Herren hatten daher übereinstimmend die feste Ueberzeugung, daß die Fabrikantenvereinigung glatt zustimmen und der Friede zustande kommen werde, wenn nur der christliche Textilarbeiterverband den neuen Beschluß der Fabrikantenvereinigung in der Lohnfrage akzeptieren werde. Der Herr Bürgermeister schrieb sogar an die Fabrikantenvereinigung: „Ich habe den Gewerkschaftssekretären in der Annahme Ihres (der Fabrikantenvereinigung) Einverständnisses die Versicherung gegeben, daß die Fabrikantenvereinigung die Konzessionen aufrecht erhält, die sie durch Herrn Regierungsrat Pirisch angeboten hat.“ Es folgte dann eine Aufstellung dieser Zugeständnisse. Auf Grund dieser Vorschläge des Herrn Bürgermeisters beschloß der christliche Textilarbeiterverband, trotz schwerster Bedenken, seinerseits zuzustimmen und es auf einen ehrlichen Friedensversuch ankommen zu lassen. Die Fabrikantenvereinigung dagegen drückte sich wieder um eine klare Stellungnahme herum, und als sie einige Tage später offiziell gemahnt wurde, erschien in den Zeitungen ihre Erklärung, wonach sie lediglich ihren Beschluß in der Lohnfrage bis zum Ablauf der Woche aufrecht erhalte, über die Bewilligung weiterer Zugeständnisse jedoch erst eventuell nach Wiederaufnahme der Arbeit beraten und beschließen werde.

#### Unverbindliche Erklärungen einzelner Fabrikanten.

Wohl wurde der Verbandsleitung von verschiedenen Seiten mitgeteilt, einzelne Fabrikanten hätten die natürlich unverbindliche Versicherung abgegeben, die Arbeiter könnten das volle Vertrauen haben, daß die Fabrikantenvereinigung in befriedigender Weise entgegenkommen werde. Man verlangt von der Arbeitererschaft also unbedingtes Vertrauen. Die Herren vergessen das eine: Nachdem die Fabrikantenvereinigung das Vertrauen des Herrn Bürgermeisters, des Herrn Gewerbeberaters, der führenden Mitglieder des Gewerbeausschusses und der Arbeiterführer so bitter enttäuscht hat, steht ihr kein Schimmer von Recht mehr zu, auf unbedingtes Vertrauen der Arbeiter irgend welchen Anspruch zu erheben. Das Mißtrauen, das die Arbeitererschaft bisher der Fabrikantenvereinigung entgegengebracht hat, war leider nur zu sehr berechtigt.

Nach all dem blieb der Arbeitererschaft nichts anderes übrig, als im Kampfe zu verharrren und der Fabrikantenvereinigung klar zu machen, daß der Arbeiter ein Ehrgefühl, daß er Reichen- und Staatsbürgerrechte besitzt und gewillt ist, diese zu wahren und zu verteidigen. Unsere Mitglieder haben den Bestreben weiterzukämpfen, erst nach reiflicher Ueberlegung gefaßt. Die Organisationsleitung blieb nicht ins Feuer; das wäre auch verfehlt gewesen, die Erschütterung war ohnehin stark genug. Sie machte im Gegenteil die Mitglieder vor der Abstimmung rückfälllos auf alle Konsequenzen eines solchen Beschlusses aufmerksam und forderte sie auf, nicht nach dem Gefühl, sondern nach dem kalten, nüchternen Verstand zu handeln. Wenn trotz alledem die Fortführung des Kampfes so einmütig beschlossen wurde, so ist das ein erfreuliches Zeichen der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeitererschaft. Diese Einigkeit und Geschlossenheit wie auch die bisherige Ruhe und

Disziplin gilt es auch fernerhin zu wahren. Dann wird die Sympathie der Bürgerschaft von Hocholt und Rhebe nach wie vor auf Seiten der um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeitererschaft sein. Auch unsere Mitglieder in den übrigen Bezirken werden sicher gern bereit sein, die Kolleginnen und Kollegen in Hocholt und Rhebe in ihrem schweren Ringen moralisch und, wenn es sein muß, auch durch materielle Opfer zu unterstützen.

**Nachschrift.** Dieser Artikel war bereits gesetzt, als uns aus Hocholt berichtet wurde, die Fabrikantenvereinigung habe sich nun doch anders besonnen und offiziell erklären lassen, daß sie alle bereits gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalte. Die Arbeitererschaft wird sofort zu der neuen Lage Stellung nehmen. Sollte die Fabrikantenvereinigung von ihrem ablehnenden Standpunkt abgegangen sein, dann dürfte im Laufe dieser Woche noch der Friede wieder eintreffen.

## Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft.

Das ist der Fluch der bösen Tat,  
Daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

V.

Sonderbarer Weise hat sich die sozialdemokratische Presse über den Abbruch des Kampfes ziemlich ausgeglichen. Die paar Bemerkungen, die sie brachte, versuchten aus der vollständigen Niederlage des „deutschen“ Verbandes gar einen Erfolg zu machen. Tags nach Zusammenbruch des Streiks brachten die sozialdemokratischen Blätter ein gleichlautendes Telegramm, des Inhalts, daß die Unternehmer versichert hätten, die früher gemachten Zugeständnisse aufrecht zu erhalten, die Arbeitswilligen zu entlassen und keine Mahregungen vorzunehmen. Darauf habe der „deutsche“ Verband den Streik beendet. Als ob diese Punkte die Streitobjekte waren und somit der „deutsche“ Verband auf der ganzen Linie gesiegt habe. So werden die Leser der sozialdemokratischen Presse eingeleitet. Aber schöner noch machte es das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes der Schweiz, dessen Redakteur, der Ex-Pfarrer Eugster, kürzlich sogar in die Bundesregierung berufen wurde. Der schweizerische „Textilarbeiter“ schreibt in Nr. 27 vom 2. Juli c. u. a.:

„Die Aufnahme der Arbeit in Krefeld erfolgte unter der Zusage, daß die Ausbittsarbeiter, etwa 800 an der Zahl, entlassen werden, daß ferner keine Mahregungen der Streikenden erfolgen dürfen und daß der Tarif in der nächsten Zeit im Sinne einer Lohnerhöhung zu revidieren sei.“

Hat das schweizerische Blatt seine Information vielleicht aus dem Bureau des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes oder hat es sich seine Mitteilungen einfach aus den Fingern gesogen?

Das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter legt eine geradezu bejammernswürdige Unbeholfenheit und Verlegenheit an den Tag. Der Redakteur in diesem Blatte wäre besser für andere Dinge zu gebrauchen als für die Leitung einer Gewerkschaftszeitung. Ein unglückliches Geschick hat da einen verkehrten Menschen auf einen verkehrten Posten gesetzt. Das Blatt redet in einem Artikel von einem großen moralischen Erfolge der Färber und gleich hinterher von der Niederlage, die der christliche Verband verschuldet habe. Erkläre mir, Graf Orndurf, diesen Zwiespalt der Natur. Wie kann der christliche Textilarbeiterverband eine Niederlage verschuldet haben, wenn die Niederlage ein großartiger Erfolg ist? Der sonst so geschwählgige „Textilarbeiter“ hat sich bisher mit einem Artikel über den Abbruch des Krefelder Kampfes begnügt und darin angekündigt, daß er noch ausführlich darauf zurückkommen werde. Mittlerweile sind fünf Wochen ins Land gegangen und der „Textilarbeiter“ hat seine ausführliche Besprechung des Krefelder Erfolges noch immer nicht gebracht! Wie lange dauert das noch? Oder hat der „Textilarbeiter“ nachträglich entdeckt, daß der „große Erfolg“ in Krefeld doch besser nicht ausführlich besprochen wird?

Bemerkenswert ist ein Artikel, den das Mitglied der „deutschen“ Zentralkommission, Herr Jädel, im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften über den Kampf veröffentlicht. Jädel ist darin so ehrlich, eingestanden, daß bei der Leitung seines Verbandes die Erfolgslosigkeit des Kampfes von vornherein feststand. Er schreibt nämlich:

„Mit dem Augenblick des christlichen Verrats (Verrat nennen die Sozialdemokraten alles, was sich ihrer Latz nicht willenslos unterordnet. D. R. d. Z.) war die Möglichkeit eines Erfolges verschwunden, obwohl die Zahl der christlich organisierten gewerkschaftsmäßig gering war. Die Kleinheit der Zahl machte es dem deutschen Textilarbeiterverbande unmöglich, nach erfolgtem christlichen Verrat den Kampf sofort abzubrechen.“

Das muß festgehalten werden. Für die Leitung des „deutschen“ Verbandes stand es von vornherein fest, daß die Weiterführung des Kampfes zweck- und sinnlos war. Man wollte nur deshalb nicht abbrechen, weil man sich vor den „paar Christlichen“ nicht bengen wollte. Dennoch hat der „deutsche“ Verband den Kampf 17 Wochen hingehalten, ungeheure Werte preisgegeben, den noch selbst das offizielle Organ des Verbandes bis zum vollständigen Zusammenbruch des Kampfes hin von einem „vollen Erfolg“, von „einem Siege der Färber“. Ist ein solches Verhalten denn etwas anderes als Arbeiterverrat? Ferner sagt Jädel in dem Artikel, daß die Färber jetzt ohne Tarif arbeiten. Das ist nicht wahr. Jeder Färber muß unterschriftlich den Tarif anerkennen. Mit einem Lapidarsatz berichtet Jädel, daß einige Wochen später auch der Kampf in Süddeutschland und der Schweiz zu Ende geführt wurde. Es wäre doch auch für die Leser des „Korrespondenzblattes“

interessant gewesen, wenn Herr Jädel die Bedingungen angeführt hätte, unter denen in Süddeutschland und der Schweiz die Streiks abgebrochen wurden.

Daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband unsere christliche Organisation als den Sündenbock hinzustellen versucht, ist nicht verwunderlich. Aber mit dieser Spitzbubenart wird er auf denkende Arbeiter keinen Eindruck machen und am allerwenigsten wird er dadurch die Verantwortlichkeit seines eigenen Handelns nicht entschuldigen können. Der so viel geschwählgte und verleumdete christliche Textilarbeiterverband hat in Krefeld einen entschiedenen Kampf gegen den gewerkschaftlichen Radikalismus und für ein vernünftiges gewerkschaftliches Handeln geführt. Er hat dadurch praktisch den Interessen der Arbeiter gedient. Er hat vor Aufnahme der Arbeit durch seine Mitglieder noch eine Verbesserung in der Frage des Ablauftermins erzielt, der vorher von den Genossen als der „Angelpunkt der Bewegung“ bezeichnet worden war; er hat den Arbeitern die tariflichen Löhne gerettet; er hat dadurch wesentliche Verschlechterungen, besonders die von den Unternehmern angebrochene Einführung des Akkordsystems, verhindert; er hat durch seine erfolgreiche Vermittlungstätigkeit rechtzeitig die Beendigung der Hiesenaussperrung erreicht und dadurch ungeheuren Schaden von der Industrie und der Arbeitererschaft abgewehrt.

Würde er den unnötigen Kampf mitgemacht haben, würden die Opfer des Kampfes gewaltig viel größer sein und namentlich würden dann heute noch mehr Arbeiter auf der Straße liegen.

Wie lächerlich die Behauptung der sozialdemokratischen Presse ist, wir hätten auf „Geheiß Roms“ den Kampf nicht mitgemacht und dürften infolge der päpstlichen Enzyklika singulare quadam überhaupt nicht mehr streiken, geht am besten daraus hervor, daß wir heute in Hocholt schon mehrere Wochen einen hartnäckigen Kampf gegen katholische Unternehmer führen. Der christliche Textilarbeiterverband hat nie versagt, wenn es sich um die ehrliche Vertretung der Textilarbeiterinteressen handelt. Aber die Verechtigung des Streiks hat für uns dort ihre Grenzen, wo das vernünftige gewerkschaftliche Prinzip aufhört, wo die Ehre und die Interessen des eigenen Verbandes auf dem Spiele stehen; wo man unter dem Vorwande, die Arbeiterinteressen zu wahren, ein gewerkschaftliches Verbrechen beabsichtigt. Unser Verband wird und muß sich seine Selbständigkeit und das Recht der freien Entscheidung wahren; er ist kein Trottel, der alles mitmachen muß, was die sozialdemokratische Verbandsleitung für gut befindet, der nach der Pfeife der „deutschen“ Verbandsleitung tanzt. Das wird nimmermehr geschehen. Mag der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ noch hundertmal mehr schimpfen, verdächtigen und verleumden und von Streikbrechern schreien. Ein Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen verschiedener Richtungen bei Lohnbewegungen und Streiks ist für uns nur möglich auf dem Boden der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Meinungen und Beschlässe, ohne alle Hintergedanken und schlechte Absichten. Etwas anders gibt es für uns nicht.

Deute wird auch die „deutsche“ Verbandsleitung die Einsicht besitzen, daß sie in Rheinland und Westfalen ohne den christlichen Verband sehr wenig, gegen ihn aber garnichts ausrichten kann. Zum Schluß möchten wir der „deutschen“ Verbandsleitung zur Verherrlichung eine Stelle empfehlen, die in dem letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften zu lesen ist und die lautet:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften müssen allmählich zu der Einsicht und Erkenntnis gebracht werden, daß große Streiks, die in der Sache, aber in den äußeren Umständen, oder in den allgemein anerkannten gewerkschaftlichen Grundfragen nicht begründet sind, aus den Mitteln auszuscheiden haben, mit denen man glaubt, die christliche Gewerkschaftsbewegung niederringen zu können.“

Mit Kämpfen, die gewerkschaftlichen Standalen gleichen, wie die Vorgänge im Frühjahr 1912 an der Ruhr und neuerdings wieder bei der Färberbewegung in Krefeld, sind die christlichen Gewerkschaften nicht niederzubütteln; damit wird höchstens die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit kompromittiert. . . . Ueberall, wo man in den letzten Jahren sozialdemokratisch verfuhr, über den Kopf der christlichen Gewerkschaften hinweg und gegen deren Einverständnis Streiks inszenieren zu sollen, ist man elendiglich herein gefallen: beim Kölner Solgarbeiterstreik, beim Ruhrbergarbeiterstreik, bei der Krefelder Färber- und der Eindener Hosenarbeiterbewegung.

Die christlichen Gewerkschaftler und ihre Führer sind keine verweichlichten, entnervten Sammermenschen, die in entscheidenden Situationen, ähnlich wie ein schwankendes Rohr, sich hin- und herreiben lassen. Diesen Umstand werden zweckmäßig die sozialdemokratischen Gewerkschaften bei ihren künftigen Kalkulationen, insbesondere bei Kämpfen, die offensichtlich und in erster Linie gegen die christlichen Gewerkschaften selbst gerichtet sind, mit in Rechnung setzen müssen.

Die christlichen Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft ihrer Haut zu wehren wissen, selbst wenn dadurch und durch das Geschrei der sozialdemokratischen Presse in den Kreisen der unaufgeklärten, unmorgensierten Arbeiter vorübergehend die Agitation etwas erschwert werden sollte. Ob die christlichen Gewerkschaften in einem Jahre 10000 oder 20000 Mitglieder mehr oder weniger zählen, ist für deren Zukunft nicht in dem Maße entscheidend wie die Tatsache, daß sie sich nicht wider ihre Ueberzeugung zum Spielball einer skrupellosen sozialdemokratischen Streikpolitik gebrauchen lassen dürfen.

Wenn die sozialdemokratische Verbandsleitung aus den Krefelder Vorgängen die richtigen Lehren zieht, dann wird der unglückliche Kampf schließlich zu einer Gesundung des Gewerkschaftslebens führen.



## Woher bezieht unsere deutsche Textil-Industrie ihre Rohstoffe?

Fast alle Zweige der deutschen Textilindustrie sind in Bezug ihrer Rohstoffversorgung ganz oder in der Hauptsache vom Auslande abhängig.

Das Seidengetriebe muß seine gesamten Rohstoffmengen, mit Ausnahme der Kunstseide, vom Auslande beziehen. Der Wert der Einfuhr an natürlicher Seide betrug im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 160 Millionen M. jährlich. Die Versorgungsländer sind vornehmlich Italien und die Schweiz, in wachsendem Maße auch Japan und China. Der Bedarf an Kunstseide, der in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat, wird nur zu einem geringen Teile vom Inlande gedeckt. Deutschland bezog im Jahre 1910 für rund 20½ Millionen M. Kunstseide aus Belgien, Österreich-Ungarn, die Schweiz, Frankreich, Italien, England, Schweden. Die Kunstseidefabrikation ist in Deutschland noch in den Anfängen und technisch namentlich hinter der Belgien und Österreich-Ungarns zurück. Das Bestreben der Kunstseidefabrikanten ist auf eine Erhöhung des Kunstseidenpreises gerichtet, um hinter erhöhten Zollmauern die Entwicklung der deutschen Kunstseidefabrikation zu beschleunigen. Sie stoßen dabei auf den Widerstand der Verbraucher von Kunstseide, so der niederrheinischen Webereien und einiger fälschlicher Fabriken.

Das deutsche Tuch- und Wollgetriebe kann nur einen winzigen Teil seines großen Bedarfs an Rohstoffen von der Produktion im Inlande decken; von rund 200 Millionen Kilo jährlich nur 10 Millionen Kilo. Der deutsche Wollmarkt von Berlin beispielsweise ist im vorvergangenen Jahre wegen totaler Bedeutungslosigkeit eingegangen. Die gewaltige Auswärtsentwicklung der Bevölkerungsverhältnisse in unserem Vaterlande hat die deutsche Landwirtschaft immer dringender auf die Beschaffung unsererseits Brot- und Fleischbedarfes verwiesen. Die dadurch verursachte Verschiebung in unserer landwirtschaftlichen Produktion kommt auch zum Ausdruck in dem Rückgange der Zahl der in Deutschland vorhandenen Schafe. Sie sank von 25 Millionen im Jahre 1870 auf 7 Millionen im Jahre 1905. Verschlechtert hat sich auch die Beschaffenheit der deutschen Wolle, weil unser Bauer keine Schafe mehr des Fleischbedarfes als der Wollzucht wegen halten muß. Ernährung und Pflege ist aber in beiden Fällen verschieden, was auf die Beschaffenheit der Wolle einwirkt. Auch die billige Auslands konkurrenz hat zur Verdrängung der deutschen Wolle beigetragen. Versuche, die deutsche Wollzucht zu heben, waren bisher ziemlich erfolglos. Entschieden zu bekämpfen wäre ein von agrarischer Seite erstrebter Zoll auf Rohwolle zum Schutze der heimischen Wollzucht, da er zunächst seinem Zweck nicht dienen könnte und große Schäden über unsere heimische Tuch- und Wollverarbeitung bringen müßte. Dagegen sollte man der Wollzucht in unseren Kolonien, speziell in Südwestafrika, größte Förderung angedeihen lassen. Den Rohstoff für unser Wollgetriebe beziehen wir aus Australien, Argentinien, Britisch-Südafrika. Der Haupt-handelsmarkt ist London, wo jährlich einige Male im Juli beginnend öffentliche Wollversteigerungen stattfinden. Der Wert der deutschen Wolleneinfuhr erreichte im Jahre 1907 die Höhe von 394 Millionen M.; außerdem beziehen wir alljährlich eine große Menge Wollgarne aus England.

Der Flach für unsere deutsche Leinenindustrie wird zwar noch in großen Mengen im Inlande verbaut, aber die deutsche Flachskultur geht infolge der Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktionsweise und der billigen Auslands konkurrenz immer mehr zurück. In den achtziger Jahren führten wir noch bedeutende Mengen Flachses aus, heute genügt der Inlandsertrag längst nicht mehr zur Deckung der Bedürfnisse der eigenen Industrie. Wir bezogen im Jahre 1905 für rund 48 Millionen M. Flach vom Auslande, davon nicht weniger als 7/10 allein von Rußland. Es hat in der europäischen Flachsverförmung eine monopolistische Stellung, die für die europäischen Flachsverarbeiter ernste Gefahren in Bezug auf die Preisgestaltung in sich birgt. Den reiflichen Teil des Flachbedarfes beziehen wir aus Österreich-Ungarn und den Niederlanden, kleinere Mengen auch aus Belgien.

Das Jutegetriebe. In noch viel größerem Maße ist unsere junge, noch außerordentlich entwicklungsfähige Juteindustrie von einem Versorgungslande abhängig. Ihre Versorgung mit Rohstoffen geschieht von Britisch-Indien. Der Haupthandelsplatz ist Kalkutta. Der Einfuhrwert an Rohjute betrug im Jahre 1905 rund 48 Millionen M. Hier geht die Entwicklung so: Die indische Regierung sucht die Juteverarbeitung mit allen Mitteln zu fördern, die Ausfuhr von Rohjute hintanzubehalten, die der Fertigfabrikate dagegen zu forcieren. Tatsächlich ist der Wert der Ausfuhr an Rohjute seit den Jahren 1890/94 fast konstant geblieben. Dagegen stieg der Wert der ausgeführten Jutefabrikate in demselben Zeitraum von 289,3 Millionen Rupien auf 1709,6 Millionen Rupien, also um nicht weniger als das Sechsfache. Diese Entwicklung bietet für unsere deutsche Juteindustrie eine wohl begründete Besorgnis. Die Versuche, für Jute Ersatzstoffe zu gewinnen, scheinen nunmehr geglückt zu sein. In Deutschland und in Österreich hat sich ein kapitalträchtiges Konsortium zur Herstellung von Ersatzstoffen für die Juteindustrie zusammengetan, und wird, wenn wir nicht irren, recht bald die Fabrikation aufnehmen. Ob das Unternehmen die Erwartungen erfüllt, bleibt abzuwarten.

Die Rohstofflieferung für die Baumwollindustrie. Aber viel ernster und von ungleich größerer volkswirtschaftlicher Tragweite sind die Verhältnisse, die sich im Laufe der Jahre in der europäischen und speziell in der deutschen Baumwollindustrie herausgebildet haben und sich mehr als einmal schon in langen, verlustbringenden Krisen geltend machten. Den Bedarf an Rohstoffen für die europäische Baumwollindustrie liefert Nord-Amerika zu zwei Dritteln. Zwar verschiebt sich die Höhe der Liefermengen je nach den Ernteerträgen und dem Preise und der Qualität des Produktes, aber immerhin behalten die Südstaaten der Union ihre gewaltige Ueberlegenheit über die anderen Lieferungs-länder. So stellen für den ganzen Weltbedarf an Rohbaumwolle

	1908	1909
Südstaaten der Union	66	59,8
Britisch-Indien	15	21,8
Ägypten	7	5,5
Rußland	4	4,3
China	3	3,6
Brasilien	2	2,2
Andere Länder	2,5	3,0

Die erst genannten Länder sind die hauptsächlichsten Versorgungsquellen. Die übrigen kommen für den Weltmarkt kaum in Betracht, weil sie ihre Baumwollerträge in eigenen Fabriken verarbeiten oder sie aus anderen Gründen gar nicht

an den Markt bringen, wie China, das sie zum Teil selbst verbraucht, zum anderen Teil direkt an Japan liefert. Die nordamerikanischen Südstaaten nehmen in der gesamten Lieferung eine monopolistische Stellung ein. Das trifft namentlich für die beiden bedeutendsten Baumwollindustrien Europas, für die Deutschlands und Englands, zu. Diese beziehen 80—85% ihres ganzen Bedarfes aus Amerika; die deutsche Baumwollindustrie zwar heute erst 70—80%, aber ihr Bedarf steigt verhältnismäßig rascher als der englische. Die deutsche Textilindustrie hat sich in den letzten 10—20 Jahren um das Doppelte bis Dreifache schneller entwickelt als die englische, und heute noch geht bei normalen Verhältnissen bei uns die Entwicklung rascher als dort. Nun liegt aber die Vormachtstellung Amerikas in der Baumwolllieferung nicht bloß in der Menge, sondern auch in der Qualität seiner Ware. Ob eine Baumwolle kurz- oder langfaserig ist, bleibt für ihre Verarbeitung nicht gleichgültig. Die Qualität des Garnes ist dementsprechend, und ferner ist auch nicht jede Spinnerei auf die Verarbeitung einer Baumwolle von jeder beliebigen Faserlänge eingerichtet. Nun hat die amerikanische Baumwolle den Vorzug einer guten, sich ziemlich gleichbleibenden Mittelfaser, wogegen die indische Faser wegen ihrer geringen und die ägyptische wegen ihrer besonders teuren Qualität im Nachteile sind. Britisch-Indien liefert 13—17%, Ägypten 6—8% des deutschen Baumwollbedarfes. Der Haupt-handelsplatz für den deutschen Verbrauch an amerikanischer Baumwolle ist Bremen.

Außer der Baumwollbranche verbrauchen auch fast alle anderen Zweige der Textilindustrie Baumwolle. Seide, Wolle, Flachs usw. werden mit Baumwolle mehr oder weniger vermischt verarbeitet. Die rund 1 Million in der Textilindustrie beschäftigten Personen nebst ihren Arbeitgebern sind an gesunden Verhältnissen in der Baumwollbranche direkt interessiert, gar nicht zu nennen die indirekt beteiligten Kreise der Metallindustrie, der chemischen Industrie, des Konfektions-gewerbes, des Groß- und Detailhandels in Textilwaren.

Die bedeutende Vormachtstellung der Südstaaten der amerikanischen Union in der Baumwollversorgung hat alle Nachteile eines Monopols an sich. Man lese hierüber die Reichstagsrede unseres Kollegen Schiffer über die Förderung der Baumwollkultur, die in Nr. 19 dieser Zeitung abgedruckt ist.

## Allgemeine Rundschau.

Der erste Schritt der Jugendkommission. Nehmen wir an, die Jugendkommission im Ortskartell sei errichtet. (Ist der Bezirk des Kartells sehr ausgedehnt, dann werden sich mehrere Jugendkommissionen in der Arbeit teilen, indem für jeden größeren, räumlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Teilbezirk je eine Kommission eingesetzt wird.) In der Kommission ist das Ortskartell durch mehrere bewährte Vertrauensleute vertreten (am besten solche, die die Jugendbewegung aus eigener Erfahrung im konfessionellen Jugendverein kennen), die den hauptsächlich im Bezirk vertretenen Berufen und Industrie entnommen sind. (Das Baugewerbe z. B. kann ein Maurer oder ein Hilfsarbeiter, oder auch ein Holzarbeiter, oder Maler vertreten; ähnlich bei anderen unter sich verwandten Gewerbearten.) Die Jugend ist in der Kommission durch zwei oder drei gewählte Jugendliche vertreten, die zugleich Mitglieder der Gewerkschaft und eines konfessionellen Jugendvereins sind. In Bezug auf den Aufbau der Kommission „Klappt“ also alles. Die praktische Betätigung kann losgehen. Welches wird der erste und nächste Schritt sein?

Wären wir Militärenten, so würden wir sagen: die — man verzeihe die garstigen Fremdwörter! — „Rekognoszierung des Terrains“. Bevor das Militär, sei es im Krieg oder im Manöver, den ersten Schritt auf das einzunehmende Gelände unternimmt, wird eine Generalaufklärung entfaltet, auf der alles nur Erforderliche genau angegeben ist: wie das Gelände beschaffen ist, wieviel Einwohner darauf leben, wie diese verteilt sind, welche Hindernisse dem Vormarsch entgegenstehen usw. Und demgemäß wird dann die Arbeit unter die einzelnen Führer verteilt, nachdem man denselben genaue „Instruktionen“ mit auf den Weg gegeben, wie sie sich zweckmäßig verhalten, wie das getrennte Vorgehen am Ende in ein gemeinsames Zielstreben ausmünden muß. Warum sollen wir es nicht ähnlich machen?

Also: Zunächst die „Generalaufklärung“ entfalten! Was ist das? Unsere „Generalaufklärung“ ist eine genau ausgebaute Statistik über die für unser Vorgehen in Betracht kommenden Einzelheiten und Eigenheiten des zu bearbeitenden Bezirks. Die muß vorhanden sein, oder, wenn sie es nicht ist, dann muß sofort mit ihr begonnen werden. Denn sonst stockt unser Vorgehen ja schon beim allerersten Schritt. Eine solche Statistik kann verschieden eingerichtet werden. Wir empfehlen folgenden Weg:

Jedes erwachsene Mitglied der Kommission (also jeder der Kommission angehörige Vertrauensmann) bekommt von dem zu bearbeitenden Bezirk einen bestimmten zusammengehörigen Teil zugewiesen. In diesem Teil des Bezirks muß er die Anzahl, das Alter und die Berufszugehörigkeit neben den genauen Personnamen aller gewerkschaftlich organisationsfähigen Jugendlichen festzustellen suchen. Die der Kommission angehörigen jugendlichen Gewerkschaftler können dabei in vorzüglicher Weise behilflich sein. Die Verbindung mit den konfessionellen Jugendvereinen erleichtert die gestellte Aufgabe nicht selten sehr, weil von hier aus meist Beziehungen zu den Jugendlichen bestehen, sei es direkt, sei es durch die Verbindung mit anderen Instanzen (Fortbildungsschulen usw.). Jede Möglichkeit muß hier ausgenutzt werden, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Die erhaltenen Angaben werden in Listen eingetragen und diese sorgfältig in Ordnung gehalten, sodaß jede Aenderung ersichtlich sein muß. Zugleich werden hinter jedem Namen etwaige Anmerkungen gemacht, die geeignet sind, die Gewinnung des Betreffenden zu erleichtern. Es wird also beispielsweise beigelegt, ob der oder die jugendliche Mitglied eines konfessionellen Vereins ist und welches, ob der Vater oder die Geschwister gewerkschaftlich organisiert sind und wo, ob in dem Arbeits-

betriebe des oder der jugendlichen christliche Gewerkschaften vertreten sind und welchem Vertrauensmann derselbe zugewiesen ist usw.

Auf diese Weise und durch die Zusammenlegung der verschiedenen Bezirke kommt eine wirkliche „Generalaufklärung“ für die gewerkschaftlichen Bezirke zusammen und an Hand derselben erst kann mit System und Nachdruck, aber auch mit Aussicht auf Erfolg, in die Agitation eingetreten werden.

Der wirtschaftliche Untergrund des religiösen Streites gegen die Gewerkschaften. Nicht nur in Deutschland haben wir den Gewerkschaftsstreit, auch in Belgien und Frankreich beginnen sich die Schwierigkeiten in gleicher Weise geltend zu machen. Man bezieht auch dort die christlichen Gewerkschaften der religiösen Unzuverlässigkeit und greift die Katholiken, die für sie eintreten, „als Geleitgeber der syndikalistischen Revolution“ an. In Wirklichkeit dient der religiöse bzw. konfessionelle Charakter des Streites nur als Vorwand, um überhaupt jede selbständige Gewerkschaftsbewegung unmöglich zu machen, nenne sie sich nun christlich oder katholisch. Der Untergrund des religiösen Streites ist rein wirtschaftlicher Natur, indem man die unbeschränkte wirtschaftliche Gewalt des Unternehmers über den ohnmächtigen Arbeiter aufrechterhalten will.

In der „Sozialen Chronik von Frankreich“ hat der verdiente Sozialpolitiker Jean Terrel einen Artikel veröffentlicht, worin er sich der Streithähne und Duer-treiber im eigenen Lager erwehrt und ihnen unbarmherzig ihre konfessionelle Farbe vom Gesichte reißt. Der Artikel polemisiert in der Hauptsache gegen eine Schrift eines Desoyere. Terrel weist klipp und klar nach, daß man es zunächst auf die christlichen Arbeiter Belgiens abgesehen hat, nicht als ob diese etwa an dem jüngsten Generalstreik teilgenommen hätten, sondern, weil sie überhaupt Streiks geführt und namentlich die christlichen Textilarbeiter bei der großen Ausperrung von Rouffelaere unterstützt haben. An der Hand recht bezeichnenden Materials aus der Schrift Desoyere und aus Zeitungen und Zeitschriften kommt Terrel zu dem Schluß: Es handelt sich hier um eine neue Bekundung der fürchterlichen feststehenden Wahrheit, daß Vorwürfe gegen alle Arten von Gewerkschaften, auch katholische Gewerkschaften, erhoben werden, und zwar nicht etwa deswegen, weil sie vielleicht nicht katholisch genug wären, sondern weil sie überhaupt Gewerkschaften sind.

Der Untergrund des religiösen Streites, den man gegen sie (die Gewerkschaftsfeinde) vom Baune bricht, ist ein rein wirtschaftlicher Streit... Es ist in der Tat... augenscheinlich, daß der Verfasser (Desoyere) nicht so sehr durch die Gefahr beunruhigt wird, welche die Reinheit des Glaubens durch die Mischung von Katholiken und Nichtkatholiken in gewissen Arbeitergewerkschaften läuft, als vielmehr durch die Arbeitergewerkschaft als solche... Und es scheint, daß man unter syndikalistischer Revolution alles das zu verstehen hat, was etwa eine Einschränkung der Autorität des Arbeitgebers, so, wie sie heute ausgeübt wird, bedeutet.

Und weiter sagt Terrel:

Alle Sicherheiten religiöser Ordnung tun nichts zur Sache. Die gewerkschaftliche Betätigung, auch die katholische oder vielmehr obwohl sie katholisch ist, ist im Begriff, der syndikalistischen Revolution das Geleite zu geben... Daher müssen wir wohl voraussetzen, daß man die Bewegung nicht verurteilt, weil sie katholisch ist, sondern trotzdem sie katholisch und weil sie gewerkschaftlich ist... Es ist sicher, daß es für den Arbeitgeber lästig ist, in seinem Betriebe nicht der absolute Herrscher zu sein. Es scheint ihm, daß die Ausübung (der Betriebskräfte) bequemer und namentlich auch einträglicher wäre, wenn er damit bedingungslos nach eigenem freien Ermessen verfahren könnte. Und er wird sich umso mehr geniert fühlen, je mehr Einschränkungen seine Freiheit durch das Gesetz, durch die den Arbeitern eingeräumten Rechte, oder ganz einfach durch das eigene Gewissen erfährt.

Die konfessionellen Eiferer, die in Deutschland gegen die christlichen Gewerkschaften zu Felde ziehen, lassen sich im Grunde von denselben Absichten leiten, mit denen man in Frankreich und Belgien die katholischen Arbeiter gewerkschaftlich ohnmächtig zu machen versucht. Erfreulicherweise ist in Deutschland die Mehrzahl der katholischen Arbeiter nicht so dumm, darauf hereinzufallen.

Die Anarchie in den „freien“ Gewerkschaften. Wiederum erlebt die „freie“ Gewerkschaftsbewegung eine heftige Erschütterung. Die Nord- und Ostseewerften sind der Schauplatz einer so großen gewerkschaftlichen Disziplinlosigkeit, wie sie bisher noch nicht da war und die auf die Verhältnisse innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung ein großes Schlaglicht wirft.

Die Arbeiter der Werften standen seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Nach mehreren Verhandlungen hatten die Unternehmer in der Hauptsache zugestanden, die Einstellungslöhne in den Betrieben, die seit Oktober 1910 keine Erhöhung vorgenommen hatten, um 2 Pfg. und in allen Betrieben allgemein die Stundenlöhne ab August d. J. um 1 Pfg. und ab April nächsten Jahres wiederum um 1 Pfg. zu erhöhen. Diese Zugeständnisse gingen zwar den Werften zu, dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband — nicht weit genug, aber sie wollten nicht den Abbruch der Verhandlungen und hofften, bei friedlichen Verhandlungen noch etwas für die Arbeiter herauszuholen. Die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder der Firma Bloch u. W. in Hamburg warteten jedoch die Verhandlungen gar nicht ab und traten, angeblich wegen Mangel an Vertrauen, ohne Genehmigung der Zentralleitungen in den Streik. Wie ein Lauffener verbreitete sich die Streikbewegung auf die anderen Werftbetriebe Hamburgs und nach Verlauf einiger Tage fanden rund 15 000 Werftarbeiter Hamburgs im Kampf. Die Vorstände der beteiligten sozialdemokratischen Verbände sind nach eingehender Beratung zu dem Beschluß gekommen, den Aus-



Hand der Werftarbeiter nicht anzuerkennen und keine Unterstützung zu gewähren. Aber diese Maßnahmen hat das weitere Umsichgreifen des disziplinlosen Kampfes nicht verhindern können. In Stettin, Kiel, Vegesack, Flensburg, Bremen u. a. schlossen sich die Werftarbeiter dem Streik an, sodaß nach einer Versicherung der Leipziger Volkszeitung bereits am 22. Juli rund 30 000 Arbeiter im Kampfe standen.

Die ganze Empörung der Streikenden richtet sich gegen ihre Zentralverbände. In mehreren Orten an der Wasserfront fanden stürmische Versammlungen statt, die unter Protest gegen das Verhalten der Verbandsleitungen ihre Solidarität mit den Streikenden bekundeten und ihnen ihre volle moralische und materielle Unterstützung zusicherten.

Diese Vorgänge werfen ein grelles Schlaglicht auf die Verhältnisse innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung, spez. des Metallarbeiterverbandes. Er hat ja ähnliche Dinge schon früher erlebt; in Mannheim-Südwesthafen, Stettin u. a. haben ihm seine Mitglieder schon eher ähnliche Disziplinlosigkeiten geboten. Dieser Verband mit seinen rund 500 000 Mitgliedern ist wirklich ein Koloss auf tönernen Füßen, dem es an innerem Zusammenhalt, an Zucht und Ordnung vollständig mangelt. Wir sehen aber in dieser neuesten Werftarbeiterbewegung wieder, wie gewaltig groß das Problem der „Massen- und Führerfrage“ und des Syndikalismus innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung bereits emporgewachsen ist.

Gegen die fortwährende Beeinflussung der Arbeiter durch die sozialistische Presse und die sozialistischen Agitatoren im radikalen Sinne haben die „freien“ Gewerkschaften nicht bloß nicht mit Entschiedenheit Stellung genommen, ihr vielmehr eine Konzession nach der anderen gemacht, bis den verantwortlichen Gewerkschaftsleitern das Pest den Händen entwandten war. Die solcher Art erzeugten und geführten Arbeiter stolpern nicht über „die Intendaten der Paragraphen“, die hindert nicht die „Fessel des Verbandsstatuts“, die bezaubert sich an der Phrase von der „Massensolidarität“ und der „revolutionären Energie der Massen“.

Beachtenswert ist die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteipresse zu diesen Vorkommnissen. Wir haben noch kein sozial. Parteiblatt gelesen, das das Verhalten der Arbeiter verurteilt oder die Maßnahmen der Verbandsleitungen in Schutz genommen hätte. Während sich ein Teil der roten Presse an einer klaren Stellungnahme vorbeizuhilfen versucht, nimmt die „Leipziger Volkszeitung“ offen Partei für die Streikenden. Sie erinnert die Zentralverbände an ihre Pflicht, „selbst die Fahne aufzunehmen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen“. Wo 40–50 000 organisierte Arbeiter in Frage kämen, da dürften „die Paragraphen nicht zu ehernen Fesseln werden“. So unterstützt die sozialdemokratische Presse die gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit und Anarchie.

Wir werden in der nächsten Nummer eingehender auf diese Dinge zu sprechen kommen.

Die Belastung der Volkswirtschaft durch die soziale Versicherung. Der „Verein für Sozialpolitik“ hat Untersuchungen über das Versicherungsweisen in

Deutschland herausgegeben, worin Dr. Heinrich Pöthhoff mit einem interessanten Beitrag über die Belastung der Volkswirtschaft durch die soziale Versicherung vertreten ist.

P. sagt, es sei falsch, Sozialpolitik im allgemeinen als eine Belastung der Volkswirtschaft aufzufassen, denn ihr Zweck sei das Gegenteil. Der Hauptzweck sozialer Gesetzgebung sei die rationelle Ausnutzung der arbeitenden Millionen, sei die Anwendung der Grundsätze, die jedem Kaufmann für sein lebendes und totes Inventar als selbstverständlich gelten, auf das menschliche Inventar, sei die Beseitigung eines unrationellen Raubbaues an der Gesundheit und Arbeitskraft des Menschen, durch die der einzelne, der sein Privatkapital in seinem für ihn arbeitenden Mitmenschen nicht mehr anzulegen braucht, sich auf Kosten der Volksgesamtheit bereichert.

Auch die soziale Versicherung sei eine Übertragung bewährter kaufmännischer Grundsätze vom sachlichen auf das menschliche Gebiet, nämlich des Grundsatzes der Amortisation von Werten, die der Abnutzung unterworfen sind.

Der Arbeiterschutz wolle die Verzinsung des im Volk stehenden Erziehungskapitals erhöhen, die Arbeiterversicherung wolle eine rechtzeitige Amortisation der Lebenskosten sicher stellen. Beide am Arbeitsvertrage beteiligten Personen werden zu dieser Amortisationsleistung genötigt. Für den Arbeiter oder Angestellten ist die Versicherung eine Zwangssparkasse, in die er einen Teil seines Arbeitsverdienstes legen muß, um in Zeiten der Arbeitsunfähigkeit daraus Renten beziehen und die Hilfe anderer entbehren zu können. Für den Arbeitgeber ist sie ein Zwang zur Amortisation auf Leben und Arbeitskraft.

„Daß die Arbeitgeber sich über die Amortisationsquote beklagen können, ist nur auf einen Mangel an sozialem Denken zurückzuführen. Denn bisher war Menschenleben das einzige, was ihnen Staat und Gesellschaft kostenlos zur Verfügung stellte. Niemand denkt daran, ihnen die sachlichen Produktionsmittel kostenlos zu überlassen. Kein Unternehmer fräut sich dagegen, Zins für fremdes Kapital, Miete für geliehenen Boden zu bezahlen; und die Amortisationsquote, die der Staat für die Verwendung fremder Arbeitskräfte verlangt, ist sehr viel geringer als der Zins für geliehenes Kapital.“

„Es ist unzweifelhaft“, sagt P. zum Schluß, „daß weitgehende Aufwendungen im Sinne unserer sozialen Versicherungsgehalte sich volkswirtschaftlich bezahlt machen, und daß Graf Bismarck mit seinem Reichstagswort von 1906 Recht hat, daß wir ohne unsere soziale Gesetzgebung nicht eine so hochstehende Arbeiterschaft hätten und ohne diese die deutsche Industrie ihren Platz in der Welt weder erringen, noch behaupten könnte.“

Die christlichen Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1912. Es war vorauszu sehen, daß die Gewerkschaftsbewegung Österreichs unter den Einwirkungen der Balkanwirren zu leiden haben würde. Die um die zweite Hälfte des Berichtsjahres einsetzenden Balkanwirren führten im dritten Quartal zum Kriege. Die bis dahin in Österreich herrschende gute Geschäftskonjunktur war der

Arbeiterbewegung und spez. den christlichen Gewerkschaften des Landes von Vorteil. So war die Zahl der Eintritte im Jahre 1912 größer als im Vorjahre. Aber diese Entwicklung wurde durch die Balkanwirren vollständig aufgehalten und sogar zurückgeworfen. Wenn die christlichen Berufsverbände Österreichs dennoch am Schlusse des Berichtsjahres mit einem Mitgliederzuzug abschließen, so zeugt diese Tatsache von der gesunden Grundlage, auf der dieselben aufgebaut sind.

Der „Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs“ waren am Schlusse des Jahres 1912 29 Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 44 653 angeschlossen, wovon der christliche Textilarbeiterverband allein 10 000 Mitglieder stellt. Am Schlusse des Jahres 1911 war diese Zahl um 670 größer. Da aber im Laufe des Jahres 1912 ein Fachverein aus der Zentralkommission austrat, in der diesjährigen Statistik also auch nicht berücksichtigt ist, so verbleibt ein tatsächlicher Gewinn von 1254, das ist 2,69 Prozent.

Außerhalb der Zentralkommission stehen noch deutsche Lokalorganisationen mit 5881 Mitgliedern. Die beiden tschechischen Gewerkschaftsvereine und die slowenischen Gewerkschaften mit zusammen rund 22 000 Mitgliedern stehen ebenfalls außerhalb der Zentralkommission, wenngleich das Verhältnis zu letzteren ein freundschaftlicheres ist. Die Mitgliederzahl der tschechischen Gewerkschaftsvereine beträgt 25 911, jene der slowenischen Gewerkschaften 6014. Insgesamt waren am Schlusse des Jahres 1912 in den christlichen Gewerkschaften Österreichs 82 459 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert.

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auch im Berichtsjahre die Passenverhältnisse der der Zentralkommission angeschlossenen Organisationen um ein beträchtliches gebessert. Die Einnahmen und Ausgaben betrugen in den letzten drei Jahren:

	Einnahmen:	Ausgaben:
1910 . . . .	678.361 K 14 h	474.485 K 22 h
1911 . . . .	736.029 „ 72 „	501.551 „ 99 „
1912 . . . .	824.707 „ 41 „	564.120 „ 45 „

Die Einnahmen stiegen somit um 88.677 K 69 h oder 12.03 Prozent, die Ausgaben um 62.568 K 46 h oder 12.47 Prozent.

Das gesamte Vermögen betrug: 1910 255.399 K 39 h, 1911 303.786 K 4 h, 1912 345.719 K 66 h.

Die Vermögenszunahme beträgt gegen das Vorjahr 41.939 K 62 h oder 13.8 Prozent.

Daß sich die christlichen Gewerkschaften Österreichs wirklich einer wachsenden Gesundung der Finanzverhältnisse erfreuen, geht besser als aus den absoluten Zahlen aus einer Umrechnung des Vermögens und der Einnahme auf den Kopf des Mitgliedes hervor. Es entfallen pro Kopf:

	Einnahmen	Vermögen der Hauptstellen	Gesamtvermögen
Im Jahre 1912	13 K 20 h	5 K 78 h	7 K 60 h
„ 1911	11 „ 82 „	5 „ 28 „	6 „ 78 „
„ 1910	11 „ 28 „	4 „ 41 „	5 „ 49 „

## Mein Vaterland.

### IV.

Und das große Werk gelang. Die deutschen Stämme wurden frei von der Fremdherrschaft.

Unter ihren angestammten Herrschern konnten sie nun frei ihre Eigenart pflegen und entfalten, ihre Sprache, Sitten und Religion, konnten sich freuen an deutscher Bergangenheit und helfen am Ausbau deutscher Zukunft.

Aber noch war nicht alles verwirklicht, was man erhofft und ersehnt hatte: Der Wiener Kongreß brachte nicht die Teilnahme des Volkes am Staatsleben, keinen Einfluß auf Gesetzgebung und Überwachung ihrer Ausführung. Und der Wiener Kongreß vernichtete auch nicht den andern Raum des deutschen Volkes von der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches.

Erst später haben die Fürsten sich dazu verstanden, ihren Völkern die Teilnahme am staatlichen Leben zu gewähren; zögernd, teilweise sogar gezwungen, haben sie sich dazu entschlossen.

Es war gewiß nicht böser Wille, was sie bewog, zurückzuhalten; es war die Sorge, ob das Volk auch reif war, am Verfassungsleben teilzunehmen; ob es einen Blick haben würde für staatliche Notwendigkeiten, ob es sich nicht von Fesseln und Demagogen verleiten lassen, den Staat zu ruinieren, statt an seinem Leben und Ausbau tatkräftig mitzuschaffen; ob das Volk das Gefühl der Verantwortlichkeit habe für das politische, staatsbürgerliche Leben; ob der eine Stand jowiel Verständnis haben würde für den andern Stand, der zur Gesamtheit des Volkes gehört und notwendig ist, daß er selbst dann zu einem Geleis ja sagen würde, wenn es dem augenblicklichen, scheinbaren Vorteil des einen Standes und seiner Interessen zuwiderliefe, wenn aber das allgemeine Wohl dieses Staates gebieterisch forderte; ob sie bereit sein würden, die zur Verteidigung und Erweiterung des Staates, zur Förderung des Volkswohls und der Kultur notwendigen Kosten und Opfer zu tragen.

Nun, heute ist das Verlangen des Volkes nach Teilnahme am Staatsleben erfüllt. Und auch der andere Raum des Jahres 1813, die Sehnsucht nach dem Wiederaufstehen des Deutschen Reiches ist in Erfüllung gegangen. Nicht so, wie es die Träume von 1848 erhofft hatten, welche die „Deutsche Republik“ oder den deutschen Einheitsstaat forderten. Dafür war der „Eiserne Kanzler“, Fürst Bismarck, viel zu sehr Staatsmann, viel zu sehr Mann der Wirklichkeit, als daß er auf den Versuch hätte verfallen können, einen deutschen Einheitsstaat aufzurichten. Er wußte wohl, daß die ein-

zelnen deutschen Stämme zu sehr ihre Eigenart lieben, daß sie in Charakter und Denkweise zu sehr voneinander verschieden sind, als daß er sie hätte alle in daselbe staatliche Joch spannen wollen. Er wußte, daß sie zu sehr und zu eng verwachsen sind mit ihren Fürsten — nein, den deutschen Einheitsstaat, möchte es nun die Republik oder Monarchie sein, hätten die einzelnen deutschen Stämme empfunden als Vergewaltigung ihrer Eigenart und geschichtlichen Ueberlieferung; ein Deutsches Reich, das diesem Empfinden nicht Rechnung getragen hätte, wäre über kurz oder lang an sich selbst zugrunde gegangen. Die Bayern wollten ja nicht Preußen, die Preußen nicht Bayern werden, und die andern Staaten wehrten sich ebenso entschieden aus ihrer deutschen Eigenart heraus, sich von irgend einem von ihnen hervorgerufen zu lassen. Jeder Stamm wollte seine Kultur, seine Schule, sein Verhältnis zu Religion und Kirche, seine Aufgaben der Volkserziehung so pflegen und gestalten, wie es seiner Eigenart entsprach. Das ließen sich Fürsten und Völker nicht nehmen.

Und doch war die Zusammenfassung der verschiedenen Stämme zur Einheit des Reiches eine Notwendigkeit und nicht bloß ein romantischer Traum.

In einheitlichem Zusammenstehen hatten sie die Freiheit erkämpft; jetzt galt es, die erkämpfte festzuhalten, die Macht, welche sie erstritten hatte, zum dauernden Bollwerk für das Ertragnis zu gestalten. Das Heerwesen mußte einheitlich gestaltet, einem einheitlichen Willen unterworfen werden. Das Heer hatte die Freiheit erkämpft, es war und mußte bleiben das sichere, feste Bollwerk des Ertragnisses, die beste Garantie des Friedens.

Dem Ausland gegenüber mußte das deutsche Volk als ein einheitliches Ganze dastehen, als eine Großmacht, die man nur ihrer Macht willen respektierte, die imstande und gewillt war, die Interessen ihrer Staatsangehörigen im Ausland und gegen das Ausland wirksam zu schützen. Auch hierfür bildete das Heer die unerlässliche Grundlage. Erst auf Grund der Heermacht wurden Handelsverträge möglich und wirksam, konnte sich der Handel entwickeln, der die Rohprodukte des Auslandes nach Deutschland herinbrachte und die fertigen Waren der deutschen Industrie aus Ausland verkaufte.

Mit überlegener staatsmännischer Angewandtheit ließ also der Gründer des Deutschen Reiches die einzelnen Staaten mangelhaft. Da kann sich auch heute das deutsche Volk an seine Fürsten schämen und mit ihnen gemeinsam an den Werken des Gemeinwohls, an der Pflege der Kultur und Sitten schämen. Aber dem Ausland gegenüber einigte er die deutschen Stämme zum Deutschen Reich, das ein einheitliches Herr unter dem obersten Kommando

des Deutschen Kaisers, einheitliche Vertreter an fremden Fürstenthöfen und in fremden Handelsstädten hat; kurz und gut: dem Ausland gegenüber ist heute das deutsche Volk eins, ein einheitliches, von demselben Willen befeeltes Ganze.

Und neue Aufgaben traten an dieses neue Deutsche Reich heran: Schutz der nationalen Arbeit, Schutz für Landwirtschaft und Industrie, als die ausländische Konkurrenz den deutschen Markt mit ihren Erzeugnissen überflutete und die deutsche Landwirtschaft und ebenso auch die deutsche Industrie zu erdrücken drohte. Da galt es, durch ein sorgfältig abgewogenes Schutzzollsystem das Ganze zu schützen und sicher zu stellen, in dem großen Ganzen den Einzelnen. Unter diesem System des Schutzzolles hat sich Deutschlands Wohlstand und nationaler Reichtum ganz gewaltig gehoben, ihm verdanken wir es, daß wir heute 66 Millionen Menschen lohnende Arbeit und Lebensunterhalt geben können. Daran ist der einzelne von uns sehr lebhaft interessiert.

Dieser Aufschwung des Wirtschaftslebens setzte unser Vaterland sodann in Brand, auch für die neue Klasse der Bevölkerung, für die Arbeiterschaft, die soziale Gesetzgebung ins Werk zu setzen und ihr damit schwere Lebensnot und Zukunftsfrage von den Schultern zu nehmen; dieser Aufschwung ließ die Nachfrage nach besseren Erzeugnissen an Kleidung und Schuhwerk, an Mobiliar und Wohnung, an Nahrungs- und Genussmitteln ständig wachsen und schuf somit dem soliden, tüchtigen Handwerker einen neuen Boden und neue Zukunftsaussichten. Dieser Aufschwung ermöglichte es auch, den Beamten eine gehobene Lebensstellung und Sicherheit für den alten Tag zu verschaffen und gab endlich die Möglichkeit, auch für den allerjüngsten Stand des Volkes, die Privatangestellten, eine gesetzliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung ins Leben zu rufen.

So können wir denn auch heute etwas tun und leisten für die Volkskultur, prächtige Kirchen, Schulen, Museen, Theater, Rathäuser, Bahnhöfe, Volksbibliotheken erbauen, unsere Städte mit würdigen Denkmälern schmücken, daß heute der Fremde, der nach Deutschland kommt, verwundert die Augen aufreißt und sagt: „Ist das denn noch das halbe Barbarenvolk, von dem in unserem Lande die Sage geht?“

Nein, das ist es nicht mehr; seitdem sich Deutschland gefunden und zum nationalen Bewußtsein erwacht ist, seitdem das Reich die deutschen Stämme umschließt und schirmt, können wir draußen im Ausland mit Stolz und Genugtuung sagen, daß wir Deutsche sind.



Der Bericht der Zentralkommission schließt mit folgenden Worten: „Wenn auch zurzeit die Krise noch andauert, ja durch ihre lange Dauer noch bedeutend schärfer in Erscheinung tritt, so kann jetzt doch schon konstatiert werden, daß die der Zentralkommission angehörenden Verbände dieselbe gut übersehen werden, daß sie nicht geschwächt, sondern innerlich gefestigt aus derselben hervorgehen werden.“

**Die Krankenversicherung der Heimarbeiter.** Durch die Reichsversicherungsordnung ist bekanntlich die Krankenversicherung der Heimarbeiter neu geregelt worden. In vielen Orten waren aber bisher schon die Heimarbeiter in den Allgemeinen Ortskrankenkassen versichert. Das kann auch in Zukunft so bleiben. In § 48 der R.-V.-O. heißt es nämlich:

„Ist für einen Bezirk und für ein Gewerbe bei Vermeidung dieses Gesetzes die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bereits durch statutarische Bestimmung geregelt, so kann die oberste Verwaltungsbehörde auf Antrag der beteiligten Gemeinden oder des beteiligten Gemeindeverbandes genehmigen, daß die statutarische Bestimmung in Geltung bleibt usw.“

Es kommt also darauf an, daß die beteiligten Heimarbeiter überall dort, wo die Errichtung einer Landkrankenkasse beschlossen ist, die Heimarbeiter aber bereits obligatorisch oder fakultativ der Ortskrankenkasse angehören, den Antrag an die beteiligten Gemeinden oder den Gemeindeverband stellen, daß sie auch in Zukunft der Ortskrankenkasse angehören dürfen. Die Gründe dafür sind den Kollegen ja so bekannt, daß wir darauf nicht eingehen brauchen.

**Die Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter,** die vom 6. bis 9. Juli in der alten Kaiserstadt Aachen abgehalten wurde, hat mehrere äußerst wichtige Reformen vorgenommen, die für die fernere Entwicklung des Gewerkevereins von großer Bedeutung sein werden.

Da ist vor allem eine gründliche Beitrags-erhöhung zu nennen, die infolge der stets wachsenden Ansprüche an die Gewerkevereinskasse unbedingt notwendig geworden war. Die Vorlage des Hauptvorstandes sah Stabsbeiträge vor, die von der Generalversammlung nicht nur angenommen, sondern noch um 10 Pfg. erhöht wurden. Die Pflichtbeiträge betragen jetzt 7, 60, 50, 40 und 30 Pfg. Darüber hinaus wurden 3 freiwillige Klassen geschaffen, mit 80, 90 und 100 Pfg. Wochenbeitrag.

Es ist ein Beweis für den guten, opferwilligen Geist, der die Mitglieder des Gewerkevereins befeuert, daß diese wesentliche Beitrags-erhöhung mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde und ein großer Teil der Delegierten noch für einen höheren Beitrag eintrat.

Die Sätze der Streit-, Maßregelung-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung und das Sterbegeld wurden erhöht und nach Beitragsklasse und Mitgliedsdauer abgestuft.

Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand im Jahre 1912 sich auf 77967 belief. Die Gesamteinnahmen betrugen 3841253 M., die Gesamtausgaben 2112972 M. und das Gesamtvermögen 2279887 M.

Bei der Vorstandswahl erklärte der erste Vorsitzende des Gewerkevereins, Kollege Köster, daß er aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nicht weiter führen könne und darum eine Wiederwahl ablehnen müsse. Die Generalversammlung nahm mit Bedauern hiervon Kenntnis und wählte den Kollegen Köster in Anerkennung seiner großen Verdienste um den Gewerkeverein zum Ehrenvorsitzenden. Als Zentralvorsitzender wurde darauf einstimmig der bisherige Beamte im Hauptvorstand, Kollege Hermann Vogelgang gewählt. Wir können dem Gewerkeverein zu dieser Wahl aufrichtig Glück wünschen. Wir haben den Kollegen Vogelgang kennen und schätzen gelernt als einen tüchtigen, pflichttreuen Menschen von gerader Gesinnung. Er bietet unserer Ueberzeugung nach die Gewähr dafür, daß der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter seine hervorragende Stellung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und in der Bergarbeiterbewegung im besonderen nicht bloß behält, sondern noch weiter stärkt und kräftigt.

Folgende Resolution, in der die Haltung des Gewerkevereins während des letzten Bergarbeiterstreiks allseitige Zustimmung fand, wurde einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter spricht der Hauptleitung des Gewerkevereins den besonderen Dank aus für die weitestgehende und kraftvolle Leitung und Verwaltung während der Krisenzeit. Die zum Teil mit gutem Erfolge geführten Bewegungen in den einzelnen Kreisen finden die volle Anerkennung der Generalversammlung.“

Insbefondere aber spricht die Generalversammlung dem Hauptvorstand bzw. der Hauptverwaltung ihr volles Vertrauen dafür aus, daß sie beim Ruhrstreik im Frühjahr 1912 gegenüber der arbeiterschädigenden Politik des Dreibundes und speziell des sozialdemokratischen Verbandes, gewerkschaftliche Grundzüge mit aller Entschiedenheit vertreten haben, trotz dem Wüten aller Gegner. Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß gerade durch die Haltung des Gewerkevereins das Interesse der Bergarbeiter wahrgenommen wurde, indem dem Gewerkschaftsgebanken, befreit von sozialistischen Nebenweden, wieder Geltung für die fernere Zukunft verschafft wurde.“

Die Mitglieder des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter können auf ihre 14. Generalversammlung mit großer Genugtuung und berechtigtem Stolz zurückblicken.

**Der moderne Butschismus.** Unter dieser Ueberschrift zieht in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 14 vom 24. Juli cr.) Edmund Fischer mit scharfem Ritzzeug

gegen diejenigen Butschisten vom Leber, die je eher je lieber die deutsche Arbeiterschaft in einen Massenstreik hineinziehen möchten. Die Debatte über diesen Punkt geht ja zur Zeit innerhalb der Sozialdemokratie recht hoch und es ist interessant, zu hören, welche Meinung sich Fischer über das Zustandekommen derartiger Debatten gebildet hat. „Ein paar gute Genossen“, sagt er, „sitzten im Café zusammen und beschließen ein großartiges „Machen wir“. Journalisten sorgen für die nötige Vorbereitung, mit dem Erfolg, daß in der Tat auch einiger Därm sich erhebt.“

In Deutschland fehlen nach Fischers Meinung alle Vorbedingungen für einen wichtigen, erfolgreichen Massenstreik. In Preußen könne der politische Massenstreik nur dann Sinn haben, wenn er die Revolution selber sein solle, deren Ziel nicht nur der Sturz der Regierung, sondern der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt sei. Zur Verwirklichung dieses Zieles aber fehle zur Zeit jegliche Aussicht. Revolutionen und siegreiche Volksaufstände seien stets mit explosiver Gewalt aus der Gärung des Volkes emporgedrungen.

„Nachdem der Zerfall des bestehenden Staates weit vorgeschritten, die Staatsmacht sehr schwach geworden, die Regierung von allen guten Geistern verlassen war, die Finanzen zertrümmert, die wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten des Volkes immer fraglicher geworden oder gänzlich zerstört waren. Und selbst wenn alle diese Vorbedingungen vorhanden waren, mußten in der Regel nationale Ereignisse hinzukommen, um die Revolution in Fluß, den angesammelten Explosionsstoff zur Entladung zu bringen.“

In Preußen aber suche man all diese Vorbedingungen vergeblich. Ja, es fehle selbst an den notwendigen Kräften, um die Staatsgewalt ins Wanken zu bringen. Es könne gar keinem Zweifel unterliegen,

„daß ein politischer Massenstreik in Preußen keinesfalls etwa die Angestellten der Eisenbahnen, der Post, der Straßenbahnen umfassen würde. Der letzte Bergarbeiterstreik hat auch gezeigt, daß die Hoffnung, die Bergarbeiter könnten in nicht ferner Zeit allein einmal die Stilllegung der Produktion zu Zwecken des politischen Fortschritts bewirken, auf sehr schwachem Untergrund beruht.“

Selbst wenn alle Arbeiter mit streikten, woran gar nicht zu denken sei, müßte ein Massenstreik erfolglos bleiben.

In zwei, höchstens drei Wochen wären die Geldmittel der Streikenden erschöpft, die Kassen der Gewerkschaften geleert, und es bliebe den kämpfenden keine andere Wahl, als wieder zur Arbeit zurückzukehren. Dann wäre es mit ihrer Macht aber auch vorbei: auf viele Jahre hinaus. Und was dann? Die Unternehmer hätten es nun leicht, den Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktieren und durch Lohnreduzierungen den erlittenen Schaden wieder einzubringen. Die Organisationen der Arbeiter würden zusammenbrechen, sicher aber viele Jahre lang zur Ohnmacht verurteilt sein. Was sollte nun die preussische Regierung oder den Landtag bestimmen, die Wahlreform in Angriff zu nehmen?

Darum würden die Arbeiter den Butsch nicht mitmachen, meint Fischer. Sie hätten doch etwas mehr zu verlieren als nur ihre Fesseln. Ohne die Gewerkschaften und ihre Streikklassen ist in Deutschland ein Massenstreik undenkbar. Die Gewerkschaften können und dürfen sich aber auf ein solches Abenteuer nicht einlassen, das nur zu ihrer Dezimierung führen kann, ohne Erfolg für den politischen Fortschritt.“

**Ein Riesenstreik der Textilarbeiter in Rußisch-Polen.** In Lodz, dem russisch-polnischen Manchester, dem bedeutendsten Textilindustriebezirk Rußlands mit zahlreicher deutschsprechender Bevölkerung, stehen seit einigen Wochen rund 45000 Textilarbeiter im Kampfe um die Verbesserung ihrer traurigen Lebensverhältnisse.

Wenn unter der Textilarbeiterschaft Lodz mehrere Jahre lang Ruhe, allerdings eine Art Hochwasser, geherrscht hat, dann war das weniger die Folge befriedigender Lohn- und Arbeitsbedingungen, als vielmehr die Folge harter, behördlicher Zwangsmaßnahmen, systematischer Massenverhaftungen, Unterdrückung der Arbeiterorganisationen und der bis heute noch andauernden Tiefkonjunktur.

Die Löhne sind in den Lodzer Textilfabriken überaus schlecht. In vielen Lodzer Spinnereien und Webereien beträgt er im Durchschnitt nicht mehr als 95 Kopfen, d. i. noch nicht 2 M. täglich. Dieser Verdienst wird noch durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und dergl. gemindert. Die Arbeitslosigkeit war namentlich im Winter 1912/13 sehr groß. Es wurde Anfang 1913 manches versucht, um das Uebel zu mildern. Bürgerkomitees einerseits, Arbeiterausschüsse andererseits verhandelten neben- und miteinander, um Mittel zu finden, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Sogar Regierungskreise sahen mit Angst in die Zukunft und organisierten öffentliche Arbeiten, die natürlich die Situation nur wenig änderten. Wie unsagbar groß das Elend unter der Lodzer Textilarbeiterschaft zu der Zeit war, geht hervor aus einem Bericht, den die Lodzer „Gesellschaft für schnelle ärztliche Hilfe“ am 9. März an den Polizeihauptmann über die Zahl der vorgekommenen Unfälle erstattete. Darin heißt es, daß im Monat März an einem Tage 300 Unfälle passierten, wovon ein großer Teil sich bezog

„auf volle Kräfteerschöpfung infolge des Hungerns, und alle diese Erscheinungen bezogen sich in ihrer Mehrzahl, streng genommen, auf die Arbeitslosigkeit.“

Dabei sind auch in Lodz die Kosten der Lebenshaltung erheblich gestiegen, und zwar nach den amtlichen Ausweisen des Handelsministeriums für Getreide um fast 20 Prozent, für Pflanzenprodukte um 40, für Fleisch um 54 Prozent. Dazu kommt noch eine sehr empfindliche Preissteigerung für Wohnungen.

Es ist also wohl zu verstehen, daß die Textilarbeiterschaft mit Lohnbewegungen einsetzte, als sich die Kon-

junktur etwas gehoben hatte. Sie stellten in allen Betrieben Lohnforderungen, die sich durchweg auf 20–25 Prozent beliefen. Infolge ungenügenden Entgegenkommens der Unternehmer kam es in einigen Betrieben zum Streik. Darauf gingen die Unternehmer zur Ausperrung über, sodaß bald weit über 40000 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen auf der Straße standen. Nur in einigen kleineren Betrieben ist es zu einer Verständigung gekommen, die aber für die Gesamtbewegung ohne Bedeutung ist.

Unseren russischen Kollegen und Kolleginnen wäre ein Erfolg von Herzen zu gönnen. Ob sie ihn erzielen werden? Von gut ausgebauten Gewerkschaften und von reichlichen geldlichen Mitteln kann keine Rede sein. Und hat nicht wiederholt in ähnlichen Fällen der russische Polizeiknäppel die Arbeiter rücksichtslos zu Boden geschlagen?

## Aus unserer Industrie.

### Stand des Flachsbauens im europäischen Rußland.

Rußland ist der Hauptrohstofflieferant für die deutsche Leinenindustrie. Es ist darum von Interesse, wie die Verhältnisse des Flachsbauens in Rußland zur Zeit gelagert sind.

Die Witterungsverhältnisse, die sich seit dem April ungünstig gestalteten, verzögerten die Feldarbeiten. Infolgedessen wurden diese Arbeiten sogar dort, wo die Bearbeitung der Faser früh oder vollkommen rechtzeitig aufgenommen worden war, häufig mit einiger Verspätung zu Ende geführt. Fast alle Korrespondenten aus den Slanez-Gouvernements klagen darüber. Je mehr man sich jedoch von dem nordöstlichen, östlichen und zentralen Rayon der Flachsbautreibenden Gouvernements nach Westen, nach Nordwesten und Norden wendet, um so mehr verstummen diese Klagen; so sind die Arbeiten auf den Feldern im Gouvernment Wilna, in den Ostprovinzen, in den Gouvernements Pskow, Nowgorod und St. Petersburg im allgemeinen zur rechten Zeit, d. h. gegen Ende April oder Anfang Mai zu Ende geführt worden.

Infolge des ungünstigen Verlaufes der Feldarbeiten hat sich in vielen Gouvernements die Ausfaat des Flachses in diesem Jahre verspätet. Bei den ungleichmäßigen Witterungsverhältnissen im größten Teile des Mai, wo warme und zuweilen sogar heiße Witterung in kaltes Wetter und Nachfröste umschlug, und bei unzureichenden Niederschlägen haben sich die neu aufgegangenen Saaten ganz verschiedenartig entwickelt. Die Flachsausfaat hat sich im Slanez-Rayon und besonders in seinem östlichen Teile auf höher gelegenen und bergigen Stellen im allgemeinen mehr verzögert, zumal dort der Boden noch mehr ausgetrocknet war, als in den Niederungen.

Soweit es sich einstweilen feststellen läßt, ist die frühe Ausfaat zum größten Teil besser aufgegangen, als die spätere, die man meist bei starkem Winde auszuführen gezwungen war. Die späten Saaten entwickelten sich ziemlich langsam, doch im allgemeinen rein und gleichmäßig. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß in den meisten Fällen sehr guter Samen mit hoher Keimfähigkeit verwendet worden ist, was wahrscheinlich auch günstig auf die Qualität der Flachsernte einwirken wird.

Die günstigen Ergebnisse der vorjährigen Ernte, der Preisstand für die Faser und den Weinsamen im Laufe des Winters und endlich die Witterungsverhältnisse im Frühjahr hätten, wie es zu Anfang des Frühjahrs den Anschein hatte, einen starken Anstoß zur Entwicklung des Flachsbauens im laufenden Jahre in Rußland geben müssen. Indessen die Ende Januar und im Februar eingetretene Abschwächung des Flachsmarktes hielt länger an, die erhoffte gesteigerte Nachfrage trat nicht in vollem Maße ein und die Flachspreise waren nach einigen Schwankungen bis zum Schlusse der diesjährigen Handelsaison bedeutend niedriger, als sie es zu Anfang gewesen waren. Ferner wurden bekanntlich auch die Witterungsverhältnisse ungünstiger. In der Stimmung der Flachsproduzenten wurde dadurch ein recht scharfer Umschwung hervorgerufen. Die Mehrzahl derselben sah sich gezwungen, ihre ursprüngliche Absicht, in diesem Jahre die Anbaufläche zu vergrößern, aufzugeben.

Was die Größe der Anbaufläche in den wichtigsten Flachsbautreibenden Gouvernements des europäischen Rußlands anbetrifft, so hat sie im Slanez-Rayon zum Teil im Vergleiche zum vorigen Jahre zugenommen, allerdings nicht bedeutend, und zwar: im Gouvernment Jaroslavl um 10–20%, im Gouvernment Smolensk um 10–15%, in den Gouvernements Twer, Wologda und Wjatta um 5–10%, während in den übrigen Slanez-Gouvernements die Anbaufläche keine wesentlichen Veränderungen zeigt. Anders liegt die Sache im Rayon der Wasserkröste, wo man durch das Herabgehen der Flachspreise in der zweiten Hälfte der Handelsaison 1912/13 großen Schaden erlitten hatte. Von diesen Gouvernements hat nur im Gouvernment Pskow die Anbaufläche um 5–10% und im Gouvernment Witebsk um 5% zugenommen. Ohne wesentliche Veränderung ist das Anbauareal in den Gouvernements Nowgorod, Grodno, St. Petersburg und Estland geblieben; dagegen hat der Anbau sich in den Gouvernements Rowno und Ljoland um 5–10 und in den Gouvernements Kurland und Witebsk um 5% vermindert.

Infolge der Zunahme der Anbauflächen in den meisten wichtigsten Produktionsrayons dürfte in diesem Jahre die gesamte Flachsanbaufläche im europäischen Rußland eine wenn auch unbedeutende Zunahme aufweisen.



## Zur Lage der elässischen Textilindustrie

wird dem Elässischen Textilblatt unterm 17. Juli aus Mülhausen geschrieben:

Die Situation des Marktes ist Stillstand auf der ganzen Linie. Durch die große Geldknappheit, die immer noch unsichere politische Lage und nicht zuletzt die unbestimmte Haltung des Rohbaumwollmarktes wird die Stimmung von Tag zu Tag drückender. Nachfragen sind zur Seltenheit geworden; und obgleich auch hin und wieder Offerten verlangt und gemacht werden, dienen sie lediglich zur Information, ohne Anlaß zu irgend welchen Unternehmungen zu geben. — Verschiedene Baumwollspinnereien sind mehr oder weniger gut beschäftigt, andere klagen sehr wegen Mangel an lohnender Beschäftigung. — Die Baumwollwebereien sind zum Teil mit Aufträgen bis gegen Oktober versehen, neue Aufträge gehen aber seit Wochen kaum mehr ein. Die Auslieferungen der laufenden Abchlüsse werden indessen möglichst geschoben. — Spinner und Weber glauben, daß von einem schließlichen Sinken der Rohbaumwollpreise eine Verlebung des Geschäftes zu erwarten ist. — Die Lage der Drucker und Anstricher ist sehr mäßig geworden. Mangels Beschäftigung sehen sich nahezu alle gezwungen, ihre Betriebe einzuschränken und bald die Hälfte ihrer Maschinen abzustellen; andere arbeiten nur noch während fünf Wochentagen. Sowohl das Inlandgeschäft als auch der Export in Druckartikeln haben seit Wochen vollständig nachgelassen und man ist ganz im Unklaren darüber, was man als Schläger für die kommende Herbstsaison auf den Markt bringen kann. — Die Situation der Wollindustrie ist ebenfalls höchst unerfreulich, da das Wollgeschäft schon seit längerer Zeit völlig darniederliegt und Spinnereien wie auch Webereien infolgedessen nur ungenügend beschäftigt sind. — Im allgemeinen ist man hier der Ansicht, daß vor Herbst ein Aufschwung nicht zu erwarten ist, daß aber alsdann ein sehr stotter Geschäftsgang einsetzen wird.

## Ein deutscher Ausfuhrzoll auf Gerberwolle?

In den Kreisen der Wollwarenfabrikanten Deutschlands ist eine Bewegung im Gange, die auf einen deutschen Zoll auf Gerberwolle hinarbeitet. Den Anstoß zu dieser Bewegung gibt die Tatsache, daß Amerika den Eingangszoll auf Wolle im Interesse seiner Wollwarenindustrie aufheben will. Die deutschen Wollwarenfabrikanten, insbesondere Wollendefabrikanten, sind nach ihrer Meinung zu einem ziemlich großen Teil auf die Gerberwolle angewiesen, welche von den Glacéfabrikanten beim Bearbeiten der Schafwolle gewonnen wird. Dieses Material wird bekanntlich von den Amerikanern zu sehr hohen Preisen dem deutschen Markt entzogen, und die in Aussicht stehende Aufhebung des Einfuhrzolles auf Wolle in Amerika würde diese Entziehung allerdings noch begünstigen. Naturgemäß wird dadurch der deutschen Industrie der Bezug von Wolle wesentlich verteuert. Um diesem Uebelstande abzuwehren und die deutsche Wollwarenindustrie zu stützen, wird ein Ausfuhrzoll auf Wolle angeregt; er hätte den Erfolg, daß der jetzt sehr hohe Preis für Wolle sich in mäßigen Grenzen bewegt und gewissen Spekulant das Handwerk gelegt wird.

Im Elässischen Textilblatt (Hochschrift in Schweizer), dem wir Vorstehendes entnehmen, heißt es hierzu wie folgt:

Wie fast bei jeder zolltariflichen Maßnahme, treten auch hier Gegner des Ausfuhrzolles mit Beweismitteln für ihre Ansicht auf. Insbesondere wird von diesen geltend gemacht, daß ein Ausfuhrzoll als Durchbrechung unseres Zolltarifwesens grundsätzlich abzulehnen sei. Bei dem Verhältnis zwischen der deutschen Ein- und Ausfuhr — der deutschen Woll-Einfuhr von 371 Mill. Mark stehen als Ausfuhr 40 1/2 Mill. Mark gegenüber, darunter für Gerberwollen nur 2390 000 Mark — erscheine der Vorschlag absurd. Die deutsche Produktion und Ausfuhr von Gerberwolle ist nach Ansicht der Gegner nur gering, denn der Hauptteil der deutschen Wollausfuhr entfällt auf deutsche Schurwolle. Die Gegner der angeregten Maßnahme sind auch der Auffassung, daß es fraglich ist, daß Amerika seinen Bedarf an Gerberwollen unbedingt in Deutschland decken muß, denn es seien noch andere Länder (z. B. Schweden, Frankreich), deren Wollproduktion größer ist als die in Deutschland; aus den benannten Staaten muß auch Deutschland seinen Bedarf zum Teil beziehen, und wenn wir durch den Ausfuhrzoll Amerika zum Bezug aus Schweden, Frankreich usw. zwingen, so würden diese Bezugsquellen für unsere Industrie einfach verloren gehen, so daß also mit einem Ausfuhrzoll nichts gewonnen wäre.

## Aus dem Verbandsgebiete.

## Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

## Badißches Albtal.

Zur Lohnbewegung unter der hiesigen Textilarbeiterchaft. Im Nachfolgenden werden wir über diese Bewegung, ihren Ursprung und bisherigen Verlauf einiges berichten. Bedeutet doch diese Bewegung für die Albtaler Textilarbeiterchaft einen wichtigen Abschnitt, und nebenbei war der bisherige Verlauf ein solcher, daß er auch weitere Kreise unserer Mitgliedschaft interessieren wird. Die Bewegung war bisher nach zwei Fronten hin zu führen. Einerseits waren unsere „Freunde“ vom „deutschen“ Verband rechtlich bemüht, durch Pressepolemiken und Flugblätter die Eingabe der Arbeiter zu fördern. Besonders wurde auch von Anfang an versucht, die Führer in der Öffentlichkeit und bei den Mitgliedern in Mitleid zu bringen. Man

wird auch weiter fortfahren, die Gemüter zu verwirren und zu erregen, um im Trüben fischen zu wollen. Andererseits bestanden Schwierigkeiten darin, daß die gegenwärtige Bewegung die erste ist, welche so weite Kreise gezogen hat. Ferner waren im Betriebe gewisse Kräfte immer an der Arbeit, Uneinigkeit unter die Arbeiterchaft zu bringen, wie verschiedene Artikel in unserem Organe bewiesen haben.

In der Textilindustrie des Albtals sind in zwei großen und zwei kleineren Betrieben ungefähr 2400—2500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Der größte Betrieb, die Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen, beschäftigt den weitaus größten Teil der hiesigen Textilarbeiterchaft, fast 1700 Menschen. Zur Zeit besteht die Firma 75 Jahre, feiert also in diesem Jahre ihr 75-jähriges Jubiläum. Jahrzehnte hindurch war dieser Betrieb fast die einzige Arbeitsgelegenheit für die hiesige Bevölkerung. Mächtige Schloten und 6—7 stöckige Fabrikanlagen erstrecken am Eingange des Albtals den vorhandenen Großbetrieb.

Sehn Minuten weiter, beim Dorfe Bunsbach, liegt die der Firma gehörige Weberei, ein Hallenbau von eminenter Größe. Ausgerüstet mit den modernsten Maschinen, wird hier emsig und fleißig geschäftet. Von morgens um sechs an klappern die Webstühle unaufhörlich.

Von hier aus erblickt man schon weit draußen im Tale den zweitgrößten Betrieb, worin etwas über 400 Leute Beschäftigung finden. Zu diesem gehört noch eine Filiale, die am Ausgange des Tales bei Frauenalb gegen 80 Leute beschäftigt.

Hier hat der Organisationsgedanke im Laufe des letzten halben Jahres festen Fuß gefaßt. Schon lange war es der Wunsch der hiesigen Arbeiterchaft, einen etwas höheren Lohn zu verdienen, aber hier fehlte jahrelang der notwendige Resonanzboden dazu, nämlich eine kräftige Organisation, die in der Lage war, die Interessen der Arbeiterchaft zu vertreten. Schon verschiedentlich ist der Versuch gemacht worden, die Albtaler zu organisieren, aber immer wieder ist der Organisationsgedanke eingeschlummert. Aus diesen Gründen heraus war es notwendig, umfassende Vorbereitungen zu treffen. Um ein in etwa klares Bild über die Verhältnisse zu erhalten, wurden von der Verbandsleitung Fragebogen an die einzelnen Mitglieder verteilt, worin die vorhandenen Lohnverhältnisse klargelegt werden sollten. Nachdem nun die Verarbeitung der Fragebogen erfolgt war, fand am 13. April eine zahlreich besuchte Konferenz statt, woran der Zentralvorsitzende Schiffer teilnahm und wo seitens des Zentralvorstandes die Genehmigung zu der Bewegung erteilt wurde. Diese Konferenz wählte aus der Arbeiterchaft heraus für beide Betriebe eine Lohnkommission, die die Vorbereitungsarbeiten mit der Verbandsleitung in die Wege leiten sollte.

In zahlreichen Sitzungen wurden alle Wünsche der Arbeiter ventiliert. Für alle Abteilungen bestehen extra Kommissionen, welche, ausgestattet mit Sach- und Fachkenntnis, alle Verhältnisse, wie sie sich aus den Fragebogen ergeben hatten, prüfen sollten. Diese Vorbereitungsarbeiten, welche eine geraume Zeit in Anspruch nahmen, fanden ihre Erledigung in einer Eingabe, welche für den Ettlinger Betrieb am 16. Mai und für die Neuroder Firma am 24. Mai den Betriebsleitungen eingesandt wurden. In diesen Eingaben wurde gefordert:

1. Die Einführung eines, von den Arbeitern und Arbeiterinnen des Betriebes zu wählenden Arbeiterausschusses. 2. Vergütung für Warten auf Material und Reparatur. Eine Erhöhung der Löhne um 15%. Für den Betrieb in Neurod kamen noch hinzu eine Veränderung des bestehenden Prämientarifes, eine Gleichstellung der Löhne in der Einzelarbeit, ein Zuschlag für Ueberstunden und Gelegenheit zum Waschen. Beide Firmen wurden ersucht, möglichst bald eine Antwort an die Organisationsleitung gelangen zu lassen. Verbandsleitung, Lohnkommission und Arbeiterchaft waren sich darüber klar, daß den Firmen Zeit gelassen werden müsse, ihre Kalkulationen zu machen.

Einige Wochen später, am 21. Juni, wurde dem verstärkten Vorstand der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen eine schriftliche Erklärung der Direktion ausgehändigt, wonach in den Abteilungen der Weberei, Spinnerei und Garderie eine teilweise Aufbesserung der Arbeitsbedingungen gewährt werden soll. Auch in der Weberei, Färberei und Appretur soll der Höchsthohn für die verheirateten älteren Arbeiter von 3 M. auf 3,10 M. heraufgesetzt werden.

Auch in den anderen Betrieben sollen die Löhne, wo es notwendig erscheint, und hauptsächlich für Familienväter eine entsprechende Aufbesserung erfahren. Es kann nun keineswegs behauptet werden, daß das von der Firma Bewilligte die Arbeiterchaft befriedigt hat; im Gegenteil. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Firma demnächst weitere Zugeständnisse machen wird. Manche berechtigten Wünsche sind eben noch unberücksichtigt geblieben. Um nun hier ein klares Bild zu erhalten und um das von der Firma Gebotene statistisch erfassen zu können, werden zur Zeit Fragebogen unter die Belegschaftsmittel ausgegeben. Daß so gewonnene Material wird die notwendigen Unterlagen für die weiteren Verhandlungen der Lohnkommissionen bieten.

Die Betriebsleitung der badißchen Baumwollspinnerei und Weberei in Neurod hat unterm 4. Juli dem Arbeiterausschuß eine schriftliche Erwiderung auf die gemachten Wünsche ausgehändigt. Es ist außer allem Zweifel, daß die Firma, bei einigem guten Willen, ein besseres Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeiter an den Tag legen können. Auch hier hoffen wir, daß durch die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß seitens der Firma weitere Zugeständnisse gemacht werden.

Zum Schluß noch einige Worte über das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes. Schon verschiedentlich sind seitens der „Deutschen“ verwerfliche Äußerungen gemacht worden, im Albtale

festen Fuß zu fassen, aber immer vergebens. Bisher ist im Albtale doch nur einige Duzend Mitglieder. Ihnen ist also zu positiver Arbeit gar keine Gelegenheit geboten. Diesen Mangel suchen sie nun zu ersetzen dadurch, daß sie ihr ganzes Können gegen die verhassten Christlichen richten. Vorzüglich versteht man es, auf die Leidenschaften der Massen zu spekulieren. Was nur irgendwie einer Kritik unterworfen werden kann, wird hervorgerufen. Dabei wird dann unsern Verbände für das Bestehen jeglichen Uebelstandes die Schuld gegeben, daß die Christlichen die Majorität besitzen und folglich auch die Pflicht unter allen Umständen haben, jede Forderung zu befriedigen. Einmal einen Blick ins eigne Lager zu tun, vor ihrer eigenen Tür einmal zu fegen, dazu fehlt es diesen Leuten an Ehrlichkeit.

Unsern Mitgliedern gegenüber bemerken wir das eine: Die Bewegung ist noch nicht zu Ende. Der christliche Verband wird weiter den Versuch machen, für euch etwas herauszuholen. Laßt euch nicht einschleifern. Denkt nicht, daß alles ohne euer Mitwirken so bliebe. Bleibt der Organisation treu. Nur dann merdet ihr das Erreichte halten und weiteres hinzugewinnen können. Erweitert und vervollkommet noch das Band, indem ihr möglichst dafür sorgt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich dem christlichen Verbände anschließen. Dann werden wir erst vollkommen in der Lage sein, eure Rechte voll und ganz zu wahren und zu erweitern.

## Greiz.

Zur Lohnbewegung der Färbereiarbeiterchaft. Seit langem steht die Färbereiarbeiterchaft in einer Bewegung. Bisher ist alles friedlich verlaufen. Auf die Forderungen hat die Färbekonvention geringe Zugeständnisse gemacht. Am 5. Juli nahm unsere Ortsgruppe hierzu Stellung. Kollege Kanis referierte. Befriedigen können die Zugeständnisse nicht. Das umso weniger, als die Arbeitgeber das Ansehen stellen, für längere Zeit in ihren Betrieben Ruhe haben zu wollen. Denn auf die Dauer müßten die ewigen Demütigungen die Industrie schädigen. Einen Stillstand gibt es aber nicht. Die Arbeiterchaft kann nicht zufrieden sein, wenn durch Feuerung und höhere Ansprüche der Broterwerb höher gehängt wird. Ein Mantel im Arbeiterhaushalt muß ausgeglichen werden. Stehlen darf man nicht und jeder hat ein Recht zum Leben. Sind doch jetzt schon die Löhne den Verhältnissen nicht entsprechend. Die Frau muß mit verdienen helfen. Durch Ueberstunden will man mehr verdienen. Andere sichern sich einen Nebenverdienst. Und nun die Zugeständnisse. Eine einheitliche Erhöhung ist nicht eingetreten, stattdessen soll erhöht werden. Wer viel hat, soll mehr bekommen, wer aber wenig hat, nicht so viel. Die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren gehen leer aus, während die bis 18 Jahre der Willkür preisgegeben sind, da hierfür tarifliche Bestimmungen nicht bestehen. Andere Forderungen und die der Preßer und Rahmenhausarbeiter wurden abgelehnt. Man war daher der einstimmigen Ueberzeugung, an den alten Forderungen festzuhalten.

Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Debatte wurden Mängel laut, die der Verhandlungskommission unterbreitet werden sollen. Des weiteren stimmte die Versammlung einer Neueinrichtung zu, für unsere Kolleginnen einen Zuschneide- und Nähkursus einzurichten. Vorbereitungen sind getroffen, eine berufliche tüchtige Kraft ist gewonnen worden. In den nächsten Tagen soll damit begonnen werden. Für 10 Wg. pro Abend wird den Arbeiterinnen Anleitung gegeben, wie sich Kleidungsstücke selbst herstellen lassen. Anmeldungen nimmt jeder Vertrauensmann entgegen. Von allen nationalen Vereinen wird im Oktober eine Jahrhundertfeier geplant. Die christlich-nationale Arbeiterchaft wird dabei nicht zurückstehen, um eine nationale Massenfeste zuzubringen. Die Sozialdemokratie glaubt, das Fest in der Hand zu haben, nun gilt es zu beweisen, daß dem nicht so ist. Wir begrüßen die Einmütigkeit der nationalen Vereine um der guten Sache willen.

## Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Antwort an die Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiter-Verbandes in Nachen. Unsere Antwort auf die Anfragen der roten Verbandsleitung in der „Rheinischen Zeitung“ und im „Textilarbeiter“ scheint die Herrschaften um den letzten Rest von gesundem Menschenverstand gebracht zu haben. Wie von einer Lantel gestochen, heult man im roten Verbandslager auf, und läßt sich in der „Rheinischen Zeitung“ und im „Textilarbeiter“ Unrat über die bösen Christlichen ausgießen, die so vermessene waren, den Genossen in die Parade zu fahren, als sich dieselben ansahen, durch ein großes Einseifungsmännchen der Nachener Textilarbeiterchaft irre zu führen.

Einen Hauptschlag bildet die Ueberschrift eines Artikels in der „Rheinischen Zeitung“ vom 18. Juli. Der selbe ist sinnig überschrieben „Die Leibgarde des Satans“, womit die christlichen Gewerkschaften gemeint sind. Dem Schreiber dieses Artikels scheinen beim Suchen nach einer passenden Ueberschrift Höner vorgeschwebt zu haben. Es wird dieses fast zur Gewissheit, wenn man weiß, daß zwischen dem roten Textilarbeiterverband und den anderen Gewerkschaften seiner Couleur vor Jahresfrist darüber gestritten wurde, wer von ihnen für alle Zeiten die Höner des ominösen Festochsens vom Jahre 1912 aufbewahren solle. Die Sache wurde schließlich dahin entschieden, daß bestimmt wurde, dieselben gehörten auf das Bureau des roten Textilarbeiterverbandes. In der Mitgliederversammlung des roten Verbandes vom 14. Sept. 1912 wurde über den zu den Hörnern gehörenden Festochsen umliefsam, aber eingehend diskutiert, wie im Protokoll der betreffenden Versammlung, welches auf dem roten Verbandsbureau als ein Heiligtum aufbewahrt wird, nachzulesen ist.

Es hieß den roten Herrschaften zu viel Ehre anhat, auf alle ihre unwahren Behauptungen und maßlosen Uebertreibungen in Bezug auf die Verhältnisse in der Nachener Textilindustrie einzugehen. Dieses ist an dieser Stelle schon



so oft gesehen, daß wir darauf aus rein sachlichen Gründen auch verzichten können. Die Nachener Textilarbeiter sind geschult genug, um zu wissen, was ein himmelweiter Unterschied zwischen den Verhältnissen in dem von den Genossen systematisch schlecht gemachten Nachen und den sozialdemokratischen Domänen in Sachsen vorhanden ist. Und ganz besonders wissen die Nachener Textilarbeiter, daß das kleine hässliche rote Textilarbeiter in Nachen nur noch bei der Fahne zu halten ist durch Aufspießung zum Klassenkampf und Klassenhaß, welches denn auch die rote Verbandsleitung durch maßlose Kritiken an jedem und an allem bestrebt zu besorgen bestrebt ist. Wir bedauern die armen Arbeiter, welche nur noch durch solche Mittel bei der Stange gehalten werden können.

Da die Verhältnisse bei der Firma Kas u. Langstadt in den Ergüssen der roten Verbandsleitung eine Hauptrolle spielen, wird es die Öffentlichkeit interessieren, wie die an diesen Fragen am nächsten Beteiligten, nämlich die christlich organisierten Weber dieses Betriebes, welche 65 Prozent der Gesamtbelegschaft ausmachen, über die rote Aktion denken.

Oben genannte Arbeiter hielten am 18. ds. Mts. eine gut besuchte Versammlung ab, um Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen. Die Anwesenden waren über das unqualifizierte Vorgehen der Genossen empört. Wenn auch bei der Entlassung Hr. einige christlich organisierte Arbeiter dieselbe als eine Maßregelung bezeichnet hätten, so sei dieses lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß ihnen die Schürereien, welche von den Gegnern (Genossen) im Verein mit den Hirsch-Dunders im geheimen geplant gewesen seien, nichts bekannt war. Von einer Maßregelung dieses Webers, sowie noch von zwei anderen, könne nicht die Rede sein. Was das Verhältnis zwischen der Firma, bzw. deren Angestellten angehe, so sei dieses allerdings zeitweilig ein recht gespanntes gewesen. Hauptsache daran tragen an dieser bedauerlichen Tatsache einige Hauptfehler innerhalb der Fabrik, die jedes Vorkommnis und jede Unregelmäßigkeit, wie sie wohl in jedem Betriebe mal vorkommen, zu einer Staatsaktion machten, und die Belegschaft in ständiger Aufregung und Erregung zu halten verstanden. Daß solche Vorgänge zu einem gespannten Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Arbeiter führen müßten, sei leicht erklärlich. Das Verhältnis sei heute ein besseres geworden, seitdem die vernünftigen Elemente der Belegschaft gegen das Treiben einzelner Front gemacht haben und der Bezirksleiter des christlichen Textilarbeiterverbandes am 4. Juni mit dem Chef der Firma über die Vorgänge verhandelt habe. Nachmal festgestellt wurde, daß sich die Firma damals bereit erklärt habe, mit einem Arbeiterausschuß zu verhandeln und wirkliche Mißstände, wenn solche vorhanden seien, auch abzustellen. Die bei der Firma Kas u. Langstadt beschäftigten Genossen und deren Freunde scheinen denn auch eingesehen zu haben, daß ihre Forderungen kein dankbares Publikum mehr finden, denn sie haben ihre „Tätigkeit“ eingestellt.

Zu der Anfrage der roten Verbandsleitung in Nr. 162 der „Rheinischen Zeitung“ und Nr. 30 des „Textilarbeiters“ erklärten die Versammelten, daß von dem dort genannten sechs Forderungen ein Teil, nämlich vier, als erledigt zu betrachten seien. Über die beiden anderen Punkte könne wohl leicht mit der Firma eine Einigung erzielt werden, sobald die Genossen und deren Freunde die momentane Furcht vor ihrer eigenen Kourage abgelegt haben und sich bereit erklären, ein Amt als Ausschussmitglied anzunehmen und in sachlicher Weise mitarbeiten wollen. Zu behen wird es allerdings in diesem Falle nichts mehr geben, dafür werden schon die christlich organisierten Mitglieder der Belegschaft sorgen. Arme Genossen! Beht euch Gott, es war so schön gewesen — wenn's nicht anders gekommen wäre! So geht es, wenn man, um die Mißere im eigenen Lager zu verdecken und die Mitglieder abzulenken will, sich auf den Kriegspfad begibt.

Wie man in der Nachener Textilarbeiterschaft das Treiben der Genossen bemerkt, bemerkt auch eine Mitglieder-versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, welche am gestrigen Abend stattfand. Nach ausführlicher Schilderung der Vorgänge nahm dieselbe einstimmig folgende Resolution an:

„Die am Montag, den 21. Juli, im Lokale „zur Maus“ tagende, gut besuchte Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, Ortsgruppe Nachen, verurteilt auf das entschiedenste das schloße Treiben des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, welches sich gegen die Leitung des christlichen Verbandes richtet. Sie betrachtet dieses verwerfliche Spiel lediglich als ein Ablenkungsmanöver, um die eigenen Leute von den traurigen Zuständen im sozialdemokratischen Verbande abzulenken.“

Die Versammlung erwartet von den christlich organisierten Textilarbeitern, daß sie den Genossen die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben wird.“

In der gestrigen Nummer der „Rheinischen Zeitung“ wird weiter geschwafelt. Wir wollen aus diesem Geschwafel der roten Verbandsleitung nur einen einzigen plumpen Schwindel richtig stellen. Es heißt dort in Bezug auf die Belegschaft der Firma Kas u. Langstadt: „Die Geduld der Arbeiter war erschöpft; sie wählten den Kampf. Vom christlichen Textilarbeiterverband wird die Bestimmung zu diesem Beschluß als „schändliche Tat“ bezeichnet.“

Selten ist ärger die Wahrheit franguliert worden als durch diese beiden Sätze. Auf der betreffenden Versammlung war überhaupt nur ein Drittel der Belegschaft anwesend. Von christlich Organisierten 7 von etwa 60. Die Arbeiter wählten auch nicht den Kampf, sondern er wurde ihnen von dem Vertreter des roten Verbandes und der Hirsche empfohlen. Er wurde den Arbeitern empfohlen, trotzdem man auf Seiten der Gegner die Entlassung Hr. selbst nicht im Ernst als Maßregelung betrachtete. Das beweist ein Ausspruch des ersten Führers des Hirsch-Dunderschen Verbandes, der im Betriebe einem seiner Verbandskollegen erklärte: „An der Entlassung Hr.'s ist nichts zu ändern, es handelt sich lediglich darum, die Schwarzen mal gründlich heranzuholen.“

Diese Handlungsweise nannten wir einen schändlichen Plan. Die „Rheinische Zeitung“ versucht aber uns anzuklagen, wir hätten die Bestimmung bzw. die Empfehlung eines Streiks schlechthin eine „schändliche Tat“ bezeichnet. Ist sozialdemokratisch!

Delmenhorst. Finanzielle Not des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Wegen Warten auf Aktien sollten Ende Juni 1913 in der Hanseatischen Zute Spinn- und Weberei Delmenhorst mehrere Linoleumweber entlassen werden. Da in dem Saal, wo nur Linoleumweber gewebt wird, fast alle Weber im „deutschen“ Textilarbeiterverbande organisiert sind, wurde am 20. Juni 1913 eine Branchenversammlung einberufen, um die Sache einer näheren Prüfung zu unterziehen. Der Gauleiter Döbler des „deutschen“ Verbandes aus Hannover, welcher an demselben Tag mit der Direktion über diese Angelegenheit verhandelt hatte, erklärte in dieser Sitzung, daß der Direktor ihm gegenüber

gesagt hätte: Sollten 5 oder 6 Weber des elektrischen Saales freiwillig die Kündigung einreichen, er werde weiteren Entlassungen mehr vornehmen. Daraufhin machte der Gauleiter Döbler den Webern den Vorschlag: es sollten sich heute in dieser Versammlung, welche zum freiwilligen Aufstehen meldet; sie würden eine Unterweisung erhalten in fast der Höhe ihres bisherigen Verdienstes. Sie sollten die reguläre Arbeitslosenunterstützung erhalten und dazu einen Zuschuß aus der Sozialkasse. Jeder Weber des elektrischen Saales sollte pro Woche 50 Pfg. Extrabeitrag aufsteuern. Es sind in diesem Saal circa 130 Weber beschäftigt. Die Weber, welche kündigen, sollen nach 2 oder 3 Monaten, wenn der neue Betrieb fertig ist, alle wieder ihre Stühle erhalten, welche so lange leer stehen bleiben. Es werden nämlich in der betreffenden Fabrik Vergrößerungen vorgenommen, da sich die Spinneret als zu klein erwies und auch die Schlichterei, was die schweren Maschinen anbetrifft, nicht mit der Weberei gleichen Schritt halten kann.

Nach all dem guten Zureden haben sich endlich einige junge ledige Weber bereit erklärt, bis zuguterletzt die Zahl 6 voll war. Es kam sodann der Vorschlag des Genossen Döbler mit großer Mehrheit zur Annahme. Nun möchte ich mal sämtliche Leser dieser Zeilen fragen: Wäre es nicht richtig gewesen, wenn der Gauleiter Döbler gesagt hätte, für diese 6 Mitglieder kann der „deutsche“ Textilarbeiterverband allein aufkommen? Hat denn der „deutsche“ Verband nicht einmal Geld mehr für solche Zwecke?

Wie vorauszu sehen war, gab es einige „deutsche“ Verbandskollegen, denen es nach 4 Wochen schon zu lange dauerte, und sich weigerten, die 50 Pfg. pro Woche beizusteuern. Deshalb fand am Dienstag, den 15. Juli 1913, eine Branchenversammlung der Linoleumweber statt, wo recht scharf gegen diejenigen vorgegangen wurde, die sich weigerten, die 50 Pfg. zu bezahlen. Es kam zu solch scharfen Auseinandersetzungen zwischen ihren eigenen Mitgliedern, daß viele die Schimpfworte nicht mit anhören wollten und das Lokal verließen. Aber all dieses Schimpfen und Lärmieren hilft nichts, sie müssen eben weiter bezahlen, wenn sie nicht durch den Terror ihrer eigenen Genossen auf Straßenpflaster gesetzt werden wollen.

Der Geschäftsführer der hiesigen Filiale des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes soll sogar einen Weber auf der Straße angehalten und ihm erklärt haben, wenn er die 50 Pfg. nicht bezahle, könne er darauf rechnen, keine 14 Tage mehr im Betriebe zu sein.

Das Urteil hierüber will Schreiber dieser Zeilen den Lesern selbst überlassen.

Horst. (2.) Entweder Brot oder kein Brot! Wenn irgend ein trauriger Fall von Terrorismus, der von den Genossen begangen, aufgedeckt und der Öffentlichkeit vor Augen geführt wird, so ist der ganze sozialdemokratische Blätterwald gleich bei der Hand, um ihn entweder abzuwehren, oder die Sache als ganz harmlos hinzustellen. Wollte man diese Fälle stets der Öffentlichkeit bekannt geben, so könnte man, besonders aus den roten Domänen, fast in jeder Nummer über Chikanen und Drangsalieren unserer Mitglieder berichten. Wie die rote Freiheit und Brüderlichkeit aussieht, mögen unsere Kollegen und Kolleginnen aus Nachen sehen. Zur Zeit der diesjährigen Landtagswahlen trat ein Genosse an eines unserer Mitglieder heran, mit dem Unsinne, auch den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Unsern Kollegen, der aus seinem Herzen keine Würdevorstellung machte, sondern seiner Ueberzeugung gemäß bekannte, daß er keinem Sozialdemokraten seine Stimme geben würde, wurde gleich angedroht, wenn du nicht sozialdemokratisch wählst, bekommst du Wackpfeifen. Derselbe ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern wählte, wie es seine Ueberzeugung war, bürgerlich. Was der Kollege von diesem Tage an zu erdulden hatte, spottet jeder Beschreibung. Da er sich durch die fortwährenden Sticheleien jedoch nicht aus der Ruhe bringen ließ, sondern nach wie vor ruhig seine Arbeit verrichtete, mußte zu schärferen Mitteln gegriffen werden, um ihn kurre zu machen. Wenn er durch den Wehsaal ging, wurde ihm alles möglich nachgeworfen. Kam er frühmorgens zur Arbeit, so war sein Stuhl mit Zigarrenresten besetzt oder es war irgend etwas an seinem Stuhl in Unordnung gebracht worden, so daß er nicht arbeiten konnte, bis alles wieder in Ordnung gebracht war. Wieviel Schaden dem Kollegen dadurch entstanden ist, wer kann das berechnen. Dies alles im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Doch man ging noch weiter. Als unser Kollege eines morgens an seine Arbeitsstelle kam, wurde er an seinem Stuhl von einem Genossen empfangen, mit den Worten: Du Lump hast deine Schuhsuhr um 11.000 vorgebracht. Als der Weber im Bewußtsein seiner Unschuld sich dagegen verwahrte und es bestritt, irgend welche unlauteren Manipulationen an seiner Uhr vorgenommen zu haben, ließ unser roter Bruder durch den Wehsaal, und im Augenblick standen alle Stühle still. Nun drängte die ganze Meute auf unsern Kollegen ein, um das wahr zu machen, was man ihm vor der Landtagswahl angedroht hatte. Dafür zeugt das ärztlich ausgestellte Attest. Dann gingen die Verkländer des Zukunftsstaates zum Firmeninhaber und forderten die Entlassung des Mißhandelten. Der Inhaber der Firma gab dem Drängen der Genossen nach, wahrscheinlich weil er fürchtete, es sonst mit den Stühlen des Zukunftsstaates zu verderben. Er entließ unsern Kollegen. Nun hatte man erreicht, was man erreichen wollte, nämlich die Proflosmachung eines christlich organisierten Arbeiters. Doch das Maß war noch nicht voll; der Christ mußte auch noch öffentlich gebrandmarkt werden, um ihm auch noch die Möglichkeit zu rauben, anderswo in Arbeit zu treten, um für sich und die Seinen den notwendigen Lebensunterhalt erwerben zu können. Darin tat sich natürlich das hier erscheinende sozialdemokratische Blatt „Die Märkische Volksstimme“ hervor.

Unter der Ueberschrift „Zwei Uhrmacher“ brachte das Blatt für Wahrheit und Brüderlichkeit in Nr. 128 vom 4. Juni folgenden Artikel:

Zwei Uhrmacher sind kürzlich in zwei verschiedenen Betrieben der Rüdigerstraße entlassen worden. Beide haben es sich angelegen sein lassen, ihren fargen Verdienst dadurch aufzubessern, daß sie ihre Schuhsuhen vorstellten. In dem einen Falle handelt es sich um einen „christlich“ organisierten Weber, der noch die Dreifigkeit befaß, den Kollegen, die ihn sein verwerfliches Beginnen vorhielten, mit Klage zu drohen. Im zweiten Falle kommt ein Weber als Täter in Betracht, der früher frei organisiert war, es aber vorzog, auszutreten und die Verbesserung seiner Lebenslage auf anderem Wege zu erreichen suchte. So groß auch die Verachtung ist, die von Webern und Weberinnen den „Uhrmachern“ bezeugt wird, es finden sich trotzdem immer noch von Zeit zu Zeit Subjekte, die es vorziehen, sich auf unedliche Weise einen etwas höheren Verdienst zu verschaffen, anstatt Schulter an Schulter mit ihren Kollegen und Kolleginnen ehrenhaft für eine Verbesserung der

Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Stärkung der Reihen der freiorganisierten Textilarbeiterschaft ist ein wirksames und vor allem ein reelles Mittel zur Hebung der allgemeinen Lebenslage als wie alle noch so künftgerechten unedlichen Manipulationen an der Schuhsuhr.“

Soweit der Artikel. Auf eine Erwiderung des christlich organisierten Webers, daß dem Artikelschreiber Gelegenheit geboten werden würde, für seine Beschuldigungen den Wahrheitsbeweis anzutreten, hatte das Sozenblatt noch die Dreifigkeit, sich in beleidigenden Ausdrücken über den arbeitslos gemachten und in seiner Ehre angegriffenen Weber zu ergöhen. Stolz fügte der Schreiber des Artikels hinzu, wenn keine Klage erfolgen werde, würden sie ihn (den Beschuldigten) noch öfter daran erinnern. Da es einer Erinnerung indessen nicht bedurfte, vielmehr der christlich organisierte Weber Klage gegen den Artikelschreiber anstregte, welche Dienstag, den 22. Juli, zur Verhandlung stand, hätte man erwarten können, daß der sich so gewaltig aufblähende Schreiber sich dem Gericht stellen würde, um dem verhassten Christen eins auszuwaschen. Derselbe hielt es jedoch nicht für notwendig, den Wahrheitsbeweis anzutreten, sondern zog es vor, seine wertvolle Person unsichtbar zu machen.

Das Gericht beschloß daher auf Antrag, einen neuen Termin anzuberaumen, und den Angeklagten, Redakteur Emil Raboldin aus Cottbus, zwangsweise vorzuführen zu lassen.

Soweit der Vorgang, wir werden später noch darauf zurückkommen. Hier könnte man auch sagen, im Verlaufe der Zensur 1a, im Beweisen 7b. Wann wird die Arbeiterschaft zur Einsicht kommen und diesen roten Phrasenhelden den Stuhl vor die Tür zu setzen. Dieser Vorgang beweist aber, wie notwendig es ist, daß die unorganisierte Arbeiterschaft sich unserm Verbande anschließt, wenn sie nicht Gefahr laufen will, schließlich nach der Pfeife dieser roten Weltverbesserer tanzen zu müssen. Dieser Vorgang soll aber auch alle unsere Kollegen und Kolleginnen anspornen, dafür zu sorgen, daß die Unorganisierten aufgeklärt werden, bis alle auf christlich-nationalem Boden stehende Arbeiter und Arbeiterinnen sich dem christlich-nationalen Textilarbeiterverbande anschließen haben, dann werden derartige dem Solidaritätsgefühl hochnisprechende Vorkommnisse nicht mehr möglich sein.

Horst. Jeder blamiert sich so gut er kann. Das hat sich der Gewerksverein der Deutschen Textilarbeiter S. D. auch gesagt, als er am Freitag voriger Woche die hiesige Arbeiterschaft mit einem Flugblatt beglückte, betitelt: „Ein Rückblick auf den Färbereiarbeiterstreik in Krefeld.“ Vier Wochen nach Beendigung des Krefelder Färbereiarbeiterstreiks kommt endlich die „Aufklärung“. Es geht auf diesem Gebiete den Hirschen ebenso, wie in der Entwicklung: „Immer langsam voran, daß der Krähmüller Landsturm nachkommen kann.“ Ueber die Krefelder Färbereiarbeiterbewegung ist bereits genug geschrieben worden, sodaß wir uns darüber weiteres ersparen können. Die Arbeiterschaft weiß, daß durch die feste Haltung des christlichen Textilarbeiterverbandes die Krefelder Färbereiarbeiterstreik vor einer völligen Katastrophe bewahrt wurde. Die Hirschelein, die im deutschen Wirtschaftsleben überall im Hintertreffen stehen, die niemals eine konsequente Haltung einzunehmen wagen, sondern sich immer an den Rockschößen der sozialdemokratischen Gewerkschaften hängen, müssen natürlich auch ihren Reimfall in Krefeld durch ein F—lugblatt verdecken. Komisch, sehr komisch wirkt in dem Flugblatt die Feststellung, daß der deutsche Verband in Elberfeld und Basel Streikarbeit verrichtet hat. Diesem sozialdemokratischen Streichbruch hat das Hirschelein 17 Wochen lang untätig zusehen müssen. Trotz dieses Streichbruchs hat der Gewerksverein der deutschen Textilarbeiter 17 Wochen die paar fauer zusammengesparten Beitrags Groschen seiner Mitglieder nutzlos verpulvert. Dadurch hat er sich zum Mitschuldigen an dem sozialdemokratischen Arbeiterverrat, der in Krefeld begangen worden ist, gemacht. Er hat Schulter an Schulter mit dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande die Interessen der Krefelder Färbereiarbeiter mit Füßen getreten. Die Arbeiterschaft hat eine derartige Urteilslosigkeit schon längst eingesehen und zieht es vor, sich dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein nicht anzuschließen. Im Brustton seiner Ueberzeugung schreibt der Flugblattschreiber:

„Unser Gewerksverein der deutschen Textilarbeiter hat ehrlich den Kampf mit durchgeführt, obgleich er von beiden Verbänden von vornherein ausgeschaltet wurde, demnach auch für den Ausgang des Streiks keine Verantwortung trägt. Aber überzeugt von den berechtigten Forderungen der Färbereiarbeiter hat er selbständig (wer laßt da? d. B.) ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der beiden führenden Organisationen zu nehmen, seine Entschlüsse gefaßt und die Konsequenzen daraus gezogen. Unbekümmert des Vorwurfs von christlicher Seite, wir wollten im Trüben fischen, hat unser Gewerksverein öffentlich seine Stellung präzisiert und absichtlich während der Bewegung in den traurigen Bruderkampf nicht eingegriffen, um das Kampffeld nicht unnötig zu vergrößern und die Klust in der Arbeiterschaft zu erweitern.“

Dem Flugblattschreiber wird es jedenfalls bekannt sein, daß der Gewerksverein mit seinem Bäderbuhend von Mitgliedern, die er in Krefeld hat, keinen Einfluß auf die Bewegung ausüben konnte. Aber der Vorwurf, der Gewerksverein wollte durch seine Stellungnahme bei der Krefelder Bewegung im Trüben fischen, wird wohl berechtigt sein. Hätte er es ehrlich gemeint, dann hätte er seinen Mitgliedern sagen müssen, durch die Streikarbeit, die von Seiten der Genossen in Elberfeld und Basel für Krefeld gemacht wird, ist die Bewegung so gut wie verloren und für eine verlorene Sache wollen wir nicht weiter kämpfen. Dann empfiehlt der Schreiber der denkenden Textilarbeiterschaft, sich dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein anzuschließen, indem er schreibt, eine wirtschaftliche Interessenvertretung gibt es nur im „Gewerksverein der deutschen Textilarbeiter Hirsch-Dunder“.

Allerdings hat der Schreiber des Flugblattes vergessen anzugeben, wo der Gewerksverein der Hirsch-Dunder schon Erfolge erzielt hat. Vielleicht holt er dies noch nach. Oder sind keine Erfolge zu verzeichnen? Öffentlich erzählt uns der Flugblattschreiber einmal über die Erfolge, die der Gewerksverein in der Niederlausitz zu verzeichnen hat. Hier würde sich die Textilarbeiterschaft, wenn sie von geforderten 9%, 7 bewilligt bekämen, gern zufrieden geben. Aber hier ist es der Gewerksverein der Hirsch-Dunder, der im Verein mit dem sozialdemokratischen Verbande angänglich darüber macht, daß keine ernsthafte Bewegung aufkommen kann, obgleich in der Niederlausitz teilweise ganz erbärmliche Löhne gezahlt werden.

Die Arbeiterschaft hat schon längst die Unselbständigkeit der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erkannt und zieht es vor, sich diesem zur Latenzlosigkeit verurteilten Verbänden nicht anzuschließen. Sie sind infolge ihrer numerischen Schwäche nicht in der Lage, irgend welchen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie auszuüben, was folgende Zahlen beweisen:



Alter: 1/3 Jahrhundert. Mitgliederzahl: 1912, 6225. Rassenvermögen: 1912, 42 434,15 Mk. Ausgehende Streit- und Gesamtergebnisunterstützung 1905-1910, 26 900,30 Mk.

Die Entwicklung des christlichen Textilarbeiterverbandes zeigt dagegen, daß er das unbedingte Vertrauen bei der Arbeiterschaft besitzt, er hat ein Alter von 11 Jahren, eine Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 40 652, ein Rassenvermögen 1912 von 756 038,42 Mk. An Streit- und Gesamtergebnisunterstützung sind von ihm in den Jahren 1905-1910 ausgehelt worden 669 413 Mk. An sonstigen Unterstützungen 645 691 Mk.

Die bis jetzt noch unorganisierte Textilarbeiterchaft kann aus diesem Vergleich ersehen, daß für sie nur als wirklich leistungsfähige Berufsorganisation der christlich-nationale Textilarbeiterverband in Frage kommt.

**Neustadt O.-Schl.** Die tapferen Genossen. In Nr. 55 des „Proletarier aus dem Gullengebirge“ und auch in Nr. 29 des „Textilarbeiters“ wird die langatmige Erklärung abgedruckt, durch die sich die „Genossen“ in Landeshut um eine freie Aussprache über das arbeiterschädigende Schreiben der sozialdemokratischen Verbandsleitung herumdreht. Die offenkundigen Unwahrheiten in der Erklärung ließen es dem noblen Herrn Scholz jedenfalls am gerateinsten erscheinen, schlenauht zu verdursten. In der Erklärung heißt es nun zuletzt:

„Merkwürdig ist, daß in Neustadt, wo Herr Jungnickel seinen Wohnsitz hat, er es nicht der Mühe wert hält, in jene Versammlung zu gehen, wozu er durch die dortige bürgerliche Zeitung eingeladen wird und sich zu dem Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes bei den letzten Lohnkämpfen äußern konnte. Man muß bedenken, daß Neustadt der Hauptsitz des christlichen Textilarbeiterverbandes ist und seine meisten Mitglieder dort hat. Der Grund des Fernbleibens kann nur der sein, daß selbst die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes nicht daran glauben, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft verübt. Hielt es Herr Jungnickel doch nicht für notwendig, in die Versammlung zu gehen, so halte ich es, sowie die, die derselben Ansicht sind, nicht für notwendig, sich unnötig gehässig traktieren zu lassen.“

Wenn Herr Scholz glaubte, hiermit weit von Neustadt weg einen besonderen Trumpf auszuspielen zu können, dann irrte er sich gewaltig. In Neustadt hatten die „Genossen“ (wie Kollege Jungnickel in der Landeshuter Versammlung bereits mitgeteilt hat) die ganze Sache so gedeckelt, daß sie mit gutem Gewissen erwarten durften, daß ihnen keine Christlichen dazwischen kamen. Sowohl in dem im Stadtblatt veröffentlichten Inserat, als auch der Einladung, die dem Kollegen Jungnickel zugefandt wurde, war absolut nichts von Disfussion oder freier Aussprache vermerkt. Wie man sieht, hatten die „Genossen“ von vornherein die Absicht, die Christlichen wohl einzuladen, aber nicht zu Wort kommen zu lassen. Ueberdies wurde die Einladung im allerletzten Moment bewirkt. Am 21. Mai abends sollte die Versammlung stattfinden, und erst an demselben Tag früh traf die Einladung durch die Post auf dem Sekretariat ein. Kollege Jungnickel, der nicht allein für Neustadt angestellt ist, (wie die Neustädter „Genossen“ auch genau wissen) sondern den ganzen schlesischen Bezirk zu bearbeiten hat, war aber infolge der schon lange vorher getroffenen Disposition am 20. Mai auf mehrere Tage verreist, so daß er den Brief mit der Einladung erst am 23. Mai erhielt. Die Neustädter „Genossen“ müssen sich nun einmal schon damit abfinden, daß Kollege Jungnickel nicht ihnen zuliebe die ganze Zeit in Neustadt sitzen bleibt. Nach dem feigen Wortbruch der „Genossen“ in Landeshut muß man die Zusicherungen dieser Leute bezüglich freier Aussprache nicht ernst nehmen, wie ja auch der Verlauf anderer Versammlungen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes schon zur Genüge gezeigt hat, daß die „Genossen“ zum größten Teil den karstischen Grundfals: „Dem Gegner gegenüber ist man nicht zur Wahrschaffigkeit verpflichtet“ beherzigen.

**Neumünster.** Wie die Genossen die Wahrheit mißhandeln. In No. 25 und 28 des „Textilarbeiters“, Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ergreift ein „Künstler“ das Wort, um mit groben Unwahrheiten und Phrasen über das Verhalten der „Christlichen“ bei der Firma 2. Simons die Deffenlichkeit zu unterhalten. Es gehört schon eine große Dreistigkeit dazu, zu behaupten, daß die Firma ohne Befragen der Arbeiterschaft in Bezug auf die Ueberstunden ihre Maßnahmen getroffen habe. Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Firma, ehe sie für die Ueberstunden die behördliche Genehmigung einholte, die Weber Jahn (unorg.), Sommerfeld (chrstl.), Soltwedel (d. L.-B.), Bollquart (d. L.-B.), Bino (d. L.-B.), Runge (Vorstandsmitglied im d. L.-B.) nach dem Kontor hat kommen lassen und sie wegen der Ueberstunden um ihre Meinung befragte. Die Antwort lautete, daß die Arbeiterschaft wohl nichts dagegen einzuwenden habe.“ Selbst das Vorstandsmitglied des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes Runge hat auf dem Kontor nicht im geringsten gegen die später als je gesundheitsschädlich bezeichneten Ueberstunden protestiert. Als nun die behördliche Genehmigung vorlag und Ueberstunden gemacht werden sollten, da weigerten sich die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, wenigstens teilweise, diese zu machen. Darauf ließ der Fabrikdirektor sämtliche Weber nach dem Koppsaal kommen und kritisierte in scharfen Worten das traurige Verhalten der Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes und besonders des Webers Runge. Keiner von den „deutschen“ Helfen konnte oder wagte dem Direktor zu widersprechen, und so jagten sie schweigend und beschämend von dannen. Erst versprochen, dann nicht halten, zu einer solchen Handlungsweise suchte man die christlichen Arbeiter zu verleiten, und als dieses nicht gelang, da schrieb man große Artikel über christliche „Streikbrüchschakterei“. Der Wahrheit wäre man bedeutend näher gekommen, wenn der Artikelsschreiber die Deffenlichkeit über die rote Tarifrückschakterei in der Cocosleppichfabrik unterrichtet hätte. Auch wollen wir hier feststellen, daß die Firma 2. Simons nicht 20%, sondern 40% Lohnzuschlag für die Ueberstunden gewährt hatte. Wir müssen hier die Frage aufwerfen, warum protestieren die „deutschen“ Verbandsmitglieder, besonders das Vorstandsmitglied Runge, nicht gleich auf dem Kontor gegen die Ueberstunden? Daß die Arbeiterschaft auf ihrem ablehnenden Standpunkt stand, beweisen auch die nachfolgenden Fabrikverhandlungen. Von über 200 Beschäftigten waren ganze 64 Arbeiter zur Stelle. Und auch hier von jenen noch ein Teil für Ueberstunden. Wie wir hören, hat sich die „deutsche“ Verbandsleitung dem Druck einiger überabstaler Elemente fügen müssen.

Wenn der Artikelsschreiber weiter urteilt: „Also auch bei dieser Gelegenheit finden wir die Christen als Arbeitswillige im Dienste des Kapitals“, so trifft dieses voll und ganz auf den „deutschen“ Verband zu, der bei Simon die Ueberstunden bei 40% Lohnzuschlag verhandelt, aber in den übrigen Betrieben dinstelben ohne Lohnzuschlag fördert, indem den „deutschen“ Verbandsmitgliedern sogar gestattet

ist, Sonntags zu arbeiten, des Mittags durchzuarbeiten und sich das Essen nach der Fabrik bringen zu lassen. Diese Tatsache hindert den „Textilarbeiter“ nicht, weiter zu schreiben: „daß sie als angeblich gewerkschaftliche Organisation gegen Ueberstunden und für Verkürzung der Arbeitszeit sein müßten, kümmert diese „Christen“ (soll wohl heißen Roten) so wenig wie die Tatsache, daß zur selben Zeit Duzende arbeitsloser Textilarbeiter in Neumünster herumliegen und vergeblich nach Brot und Arbeit verlangen.“ Diese Zeilen sprechen für sich. Die christlichen Arbeiter, die einen solchen Wilsinn nicht mitmachen, werden als Streikbrecher verschrien. Die Roten aber, die bei Simon und anderswo ruhig Ueberstunden machen, ohne sich an den Beschlüssen ihres Verbandes zu stören, sind echte Gewerkschaftler.

Zum Schluß schwindelt der Phrasenheld die Deffenlichkeit dadurch an, daß er behauptet, daß nach und nach die christlichen Arbeiter den Weg zur sozialdemokratischen Organisation finden und daß sich der Ferkungsprozess bei der christlichen Organisation immer mehr beschleunige. Hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Bezüglich des Ferkungsprozesses können wir dem Herrn Kokur mitteilen, daß solche Prophezeiungen unserm Verbande keinen Abbruch tun. Wenn so „große Geister“ wie Bebel und Konforten mit prophezeien so wenig Glück gehabt haben, dann dürfen auch in Neumünster „gelehrte“ Köpfe keine lohnende Beschäftigung dabei finden.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Jahrespreisermäßigung zum Besuche der internationalen Bauachausstellung in Leipzig.** 1. Auf den Strecken der Sächsischen Staatsbahnen, der Preussisch-Pommerschen Staatsbahnen und der Reichsbahnen, des Pfälzischen Netzes der Bayerischen Staatsbahnen (aber nicht auf den Strecken des rechtsrheinischen Netzes der Bayerischen Staatsbahnen), der Oldenburgischen und der Mecklenburgischen Staatsbahnen werden bei den zu belegenden Zwecken veranstalteten Reisen zum Besuch der Internationalen Bauach-Ausstellung in Leipzig in der 3. Klasse zum halben Preis der Fahrkarten für Eil- oder Personenzug, in Schnellzügen außerdem gegen vollen tarifmäßigen Zuschlag befördert:

- A. Versicherungspflichtige Mitglieder
    - a) von Krankenkassen im Sinne der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Arbeiter usw.
    - b) von eingeschriebenen Hilfskassen (Ersatzkassen und c) von knappschaftlichen Krankenkassen.
  - B. Versicherungspflichtige Versicherte von Versicherungsanstalten und der mit diesen gleichgestellten besonderen Kassenanstaltungen, sofern das jährliche Gesamteinkommen bei Versicherten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte den Betrag von 2500 Mark nicht übersteigt.
  - C. Freiwillige Mitglieder der vorstehend aufgeführten Kassen, sofern das jährliche Gesamteinkommen den Betrag von 2500 Mk. nicht übersteigt.
2. Auf der Hinreise müssen sich mindestens 10 Teilnehmer zu einer gemeinschaftlichen Reise zusammenschließen, die Rückreise kann auch einzeln ausgeführt werden.
3. Als Ausweis ist eine Bescheinigung der oben erwähnten Krankenkassen oder Versicherungsanstalten darüber vorzulegen, daß das betreffende Mitglied zu seiner Belehrung zum Besuche der Internationalen Bauach-Ausstellung nach Leipzig reist. Zu diesen Bescheinigungen ist unter händchrischlicher Abänderung der amtliche Vordruck zu verwenden, der zur Erlangung einer Jahrespreisermäßigung für Mitglieder von Krankenkassen usw. zwecks Unterbringung in Heilstätten usw. vorgeschrieben ist. Die Krankenkassen oder Versicherungsanstalten haben die Ausweise in der rechten oberen Ecke mit der deutlichen Bezeichnung „Iba“ zu versehen.

4. Die Jahrespreisermäßigung für die Hinreise ist bei der Fahrkartenausgabe der Abgangstation möglichst frühzeitig — spätestens zwölf Stunden vor Abgang des zu benutzenden Zuges — unter Vorlegung der Bescheinigungen für alle an der gemeinsamen Fahrt teilnehmenden Personen zu beantragen. Die Abfertigung erfolgt auf Beförderungsscheine. Die Bescheinigungen werden von der Fahrkartenausgabe abgestempelt und den Antragstellern zurückgegeben. Der Beförderungsschein gilt vier Tage, einschließlich des Abgangstages und ersticht um Mitternacht des letzten Geltungstages.

5. Die Jahrespreisermäßigung für die Rückreise wird von den Fahrkartenausgaben in Leipzig gegen Vorlegung der Bescheinigungen (Ziffer 3) gewährt. Reisen mehrere Personen nach derselben Bestimmungsstation zusammen, so kann für sie nach Maßgabe der Bestimmungen unter 4 ein Beförderungsschein ausgestellt werden.

6. Eingetretene werden bei der Rückfahrt gegen Vorlegung der Bescheinigung (Ziffer 3) auf halbe (Kinder-) Fahrkarte für Eil- oder Personenzug abgefertigt. Bei Benutzung von Schnellzügen sind Schnellzugzuschlagarten zum vollen Preise zu lösen.

7. Die Bescheinigungen (Ziffer 3) sind während der Fahrt und an der Bahnsteigsperrre auf Verlangen vorzulegen und bei Beendigung der Rückfahrt mit dem Beförderungsschein oder der Fahrkarte abzugeben.

8. Auf der Hin- und Rückreise ist je eine Fahrkarteunterbrechung, wie im gewöhnlichen Verkehr, gestattet. Bei Abfertigung auf Beförderungsscheine ist nur gemeinsame Fahrtunterbrechung aller Teilnehmer zulässig; die Unterbrechungsstation ist der den Beförderungsschein ausstellenden Fahrkartenausgabe zu bezeichnen und von dieser in dem Scheine zu vermerken.

9. Die Beförderung wird nur den in Ziffer 1 A-C aufgeführten Personen gewährt, nicht aber deren Angehörigen, sofern sie nicht selbst Mitglieder sind.

Personen, die die Ermäßigung in Anspruch nehmen, ohne hierzu berechtigt zu sein, werden als Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt und haben abgesehen von

nach Befinden zu gewärtigender gerichtlicher Verfolgung die in § 16 (2) der Eisenbahn-Verkehrsordnung vorgesehenen Beträge zu entrichten.

Für letztere haften auch die Krankenkassen und Versicherungsanstalten bei unrichtiger Ausstellung der Bescheinigung (Ziffer 3).

10. Bei einer Beteiligung von mehr als 100 Personen, bei Eil- und Schnellzügen von mehr als 50 Personen muß die Reise mindestens dreimal 24 Stunden vor der Abfahrtszeit des zu benutzenden Zuges bei der Abgangstation angemeldet werden.

11. Im übrigen sind Verwaltungsbesonderzüge nach Leipzig mit 2. und 3. Klasse zu ermäßigten Preisen in Aussicht genommen, worüber in jedem Falle besondere Bekanntmachung erlassen werden wird.

## Versammlungskalender.

Muerbach (bad. Albthal). 3. August, 3 Uhr, im „Girichen“ Bayreuth. 9. August, 1/2 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus.

Burgwaldmühl. 3. August, direkt nach dem Hochamt, bei Jakob Müller, Generalversammlung.

M.-Gladbach-Kirchp. 3. August, 11 Uhr, bei Peter Hülser (an der Kirche).

Holt. 9. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale David Anek, Generalversammlung.

Kettenich. 8. August, gleich nach dem Hochamt, bei Franz Lieberh.

Schießbahn. 9. August, 8 1/2 Uhr, bei Heinrich Kaiser.

Wintrath. 17. August, 11 Uhr, bei Wilh. Hermans, Generalversammlung.

Wanlo. 10. August, 4 1/2 Uhr, bei Molten, Gewerkschaftsfest.

Warendorf. 8. August, 11 Uhr, bei Rodenbusch.

Wegberg. 8. August, 10 1/2 Uhr, im Wegberger Hof.

Wietrich. 3. August, 10 1/2 Uhr, bei Sonnendort, Generalversammlung.

## Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Josef Klechen in Vaals.

W. Josef Pley in Düren.

Gerhard Jansen in Wassenberg.

Karl Werkes in M.-Gladbach.

Julius Lankes in Dornbusch.

Heinrich Gillesen in Rheydt.

Ehre ihrem Andenken!

## Literarisches.

**Die wichtigsten Faserpflanzen.** Von Dr. A. Thilo, Dozent für tropische Agrikultur an der Deutschen Kolonialschule Wilhelmshof zu Wismarhausen. Mit 17 Abb. Thomas Volksbücher Nr. 107-109. Brosch. 60 Pfg., geb. 85 Pfg., für Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft 54 Pfg., geb. 79. Zu beziehen von der Buchhandlung des Gesamtverbandes Köln, Verloerwall 9.

Vorliegendes Bändchen bringt in gemeinverständlicher Weise eine Abhandlung über den Wert der einzelnen Faserstoffe und ihre Verwendung. Nach einer allgemeinen Einleitung über das Vorkommen, die Gewinnung und die Eigenschaften der Spinnstoffe, werden die wichtigsten Faserpflanzen derart behandelt, daß von jeder einzelnen nach einer kurzen Schilderung ihrer botanischen Herkunft die Geschichte, die Bedingungen für Kultur und die letztere selbst eingehender besprochen werden. Hieran schließt sich eine Beschreibung der Gewinnung der Fasern der einzelnen Pflanzenarten, ihre Verarbeitung zu Handelsprodukten und deren Verwendung und Verwertung. Ganz besonders ist bei der Abfassung der Schrift auf unsere Kolonien Rücksicht genommen, weshalb auch den dort zu kultivierenden Pflanzen ein größerer Raum gegönnt worden ist. Der Zweck des Büchleins, weitere Kreise für den Anbau der Gespinnstpflanzen zu interessieren und ihnen die Gewinnung und Verwertung ihrer Produkte nahe zu bringen, muß als durchaus gelungen bezeichnet werden. Die Abbildungen — zum größten Teil eigene Aufnahmen des Verfassers — sind vorzüglich und erläutern den Text sehr glücklich.

## Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zum Abschiede unseres Kollegen Joh. Siffertich. — Zur Aussperrung in der Wochalter und Rheyder Textilindustrie. — Das sozialdemokratische Verbrechen an der Kreisler Arbeiterschaft. — Woher besteht unsere deutsche Textilindustrie ihre Rohstoffe? — Genilleton: Mein Vaterland. — Allgemeine Rundschau: Der erste Schritt der Jugendkommission. — Der wirtschaftliche Untergrund des religiösen Streites gegen die Gewerkschaften. — Die Anarchie in den freien Gewerkschaften. — Die Belastung der Volkswirtschaft durch die soziale Versicherung. — Die christlichen Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1912. — Die Krankenversicherung der Textilarbeiter. — Die Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter. — Der moderne Putschismus. — Ein Hiesenskreiß der Textilarbeiter in Russisch-Polen. — Aus unserer Industrie: Stand des Flachsbauens im europäischen Rußland. — Zur Lage der elstischen Textilindustrie. — Ein deutscher Ausfuhrzoll auf Gerberwolle. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. — Badisches Albthal. — Greis. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Delmenhorst. — Jork. — Neustadt. — Neumünster. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Jahrespreisermäßigung zum Besuche der internationalen Bauachausstellung in Leipzig. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.